Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
LR / ELB	Verwaltungsausschuss	Mobilität	Planung von Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans	<ul style="list-style-type: none"> - Umgehende Gründung der PBO GmbH, sobald die Rechtsgrundlagen dafür vorliegen - Jährliche Bereitstellung der auf den Landkreis entfallenden Mittel 	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die „Planung von Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans“ ist ein neues Handlungsfeld der Kreisstrategie. 2. Die Ziele und Leistungen werden entsprechend den Angaben im Infoblatt festgelegt.
<p>Erläuterung:</p> <p>Auf Grund des gravierenden Kapazitätsmangels bei den zuständigen Landesbehörden für die Planung von Bundesstraßen werden selbst die auf der Ebene des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben mit höchster Priorität vorgesehenen Planungsmaßnahmen vom Land nicht in Angriff genommen werden können. Gemäß dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wollen die drei Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Sigmaringen zusammen mit dem Regionalverband und der Landsiedlung Baden-Württemberg mit Hilfe einer „Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH“ (PBO GmbH) diese Planungsleistungen im Auftrag des Landes übernehmen und bis zur Planreife führen. Der entsprechende KT-Beschluss wurde am 23.11.2017 gefasst.</p> <p>Als erste Maßnahme im Landkreis ist der Lückenschluss des „Oberschwabenschnellweges“ B 30 Ortsumfahrung Gaisbeuren und Enzisreute vorgesehen.</p>					

Teilhaushalt

0 Landrat / Erste Landesbeamtin

Verantwortung

Eva-Maria Meschenmoser

Zuständiger Ausschuss des Kreistags

Verwaltungsausschuss

Handlungsfeld

Neu:

Planung von Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans

Unterteilhaushalt

91 Erste Landesbeamtin

Verantwortung

Eva-Maria Meschenmoser

Leitthema

Mobilität

Produktgruppe / Produkt

5440-91 Bundesstraßen

Allgemeine Informationen

Auf Grund des gravierenden Kapazitätsmangels bei den zuständigen Landesbehörden für die Planung von Bundesstraßen werden selbst die auf der Ebene des Regionalverbandes Bodensee-Oberschwaben mit höchster Priorität vorgesehenen Planungsmaßnahmen vom Land nicht in Angriff genommen werden können. Gemäß dem Prinzip „Hilfe zur Selbsthilfe“ wollen die drei Landkreise Ravensburg, Bodenseekreis und Sigmaringen zusammen mit dem Regionalverband und der Landsiedlung Baden-Württemberg mit Hilfe einer **Planungsteam Bodensee-Oberschwaben GmbH“ (PBO GmbH)** diese Planungsleistungen im Auftrag des Landes übernehmen und bis zur Planreife führen. Der entsprechende KT-Beschluss wurde am 23.11.2017 gefasst.

Als erste Maßnahme im Landkreis ist der Lückenschluss des „Oberschwabenschnellweges“ B 30 Ortsumfahrung Gaisbeuren und Enzisreute vorgesehen.

Ziele

Was wollen wir erreichen?

Z 1	Beschleunigung der Planung von Bundesstraßen im Landkreis
Z 2	Einsparung von staubbedingten Aufwendungen und Einnahmeausfällen im Bereich der Wirtschaft
Z 3	Verbesserung der ökologischen Bilanz durch Vermeidung von staubbedingten Emissionen

Leistungen

Was tun wir?

L 1	Gründung der PBO, sobald auf der Landesebene die rechtlichen Grundlagen beschlossen sind
L 2	Als erste Maßnahme ist der Lückenschluss beim „Oberschwabenschnellweg“ B 30 OU Gaisbeuren und Enzisreute vorgesehen

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Haushaltsmittel	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan	2021 Plan	2022 Plan
Zuschuss an die PBO	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €	1.000.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
ELB	Sozial- ausschuss	Arbeit und Soziales	Asylbewerber und Migranten: <u>Unterbringung</u>	Unter Berücksichtigung der aktuellen Zugänge in den Landkreis werden die benötigten Kapazitäten für die vorläufige Unterbringung erneut überprüft und nicht benötigte Kapazitäten den Kommunen angeboten.	<p>1. Das Ziel Z 2 wird ergänzt: Anpassung der Unterbringungskapazitäten für die vorläufige Unterbringung an den Bedarf.</p> <p>2. Die Leistung L 2 wird wie folgt ergänzt: Abbau von Plätzen bis zur benötigten Kapazität. Nicht benötigte Unterkünfte werden den Kommunen angeboten.</p>
<p>Erläuterung:</p> <p>Die Anzahl der Personen mit Duldung nimmt zu. Den daraus resultierenden Herausforderungen stellen wir uns unter Berücksichtigung des Spannungsfeldes zwischen Ordnungsrecht und Integration/Stabilisierung.</p> <p>Mittel- bis Langfristig sollen die Regelsysteme gestärkt und ein Regelbetrieb im Bereich Migration erreicht werden.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
0 Landrat / Erste Landesbeamtin	97 Amt für Migration und Integration
Verantwortung	Verantwortung
Eva-Maria Meschenmoser	Klaus Preisinger
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Sozialausschuss	Arbeit und Soziales
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Asylbewerber und Migranten – Unterbringung	3140 Einrichtungen für Asylbewerber / Spätaussiedler

Ziele						
Was wollen wir erreichen?						
Z 1	Erfüllung der Aufnahmeverpflichtung für ausländische Flüchtlinge; Ziele sind: <ul style="list-style-type: none"> • Aufnahme von 600 Neuzugängen • Unterbringung von insgesamt 1100 Personen • kein Aufnahmerückstand 					
Z 2	Anpassung der Unterbringungskapazitäten für die vorläufige Unterbringung an den Bedarf.					
Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
ZK 1.1	Anzahl der Neuzugänge		1.208	460	600	540
ZK 1.2	Anzahl der unterzubringenden Personen insgesamt		2.232	866	1100	1100
ZK 1.3	Stand der Quotenerfüllung	Negativer Wert entspricht einem Aufnahmerückstand	+74	-30	0	0

Leistungen						
Was tun wir?						
L 1.1	Ausschöpfung vorhandener Unterkunftskapazitäten zu mindestens 85%.					
L 1.2	Abbau von Plätzen bis zur benötigten Kapazität. Nicht benötigte Unterkünfte werden den Kommunen angeboten.					
Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 1.1	Belegungsquote	Anteil der belegten Unterkunftsplätze an der Gesamtkapazität	70 %	45 %	85 %	85 %
LK 1.2	Anzahl der Unterkunftsplätze	Bis Ende 2018 sind insgesamt 1100 Plätze erforderlich.	3.173	1.944	1.100	1.450

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Personaleinsatz	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Veränderung im Stellenplan	-40,15	-18,35	-13,35	0

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
ELB	Sozial- ausschuss	Arbeit und Soziales	Asylbewerber und Migranten: <u>Betreuung</u>	Die Migrationsstatistik wird weiterentwickelt und ausgebaut. Die Aufgaben des Hauptamtes und des Ehrenamtes werden geschärft, entstehende Lücken geschlossen (unter Berücksichtigung der Aufgaben des Integrationsmanagements).	<p>1. Es wird ein neues Ziel Z 1 ergänzt: Förderung der Integration von Migranten</p> <p>2. Es wird eine neue Leistung L 1.2 definiert: <u>Schrittweiser Aufbau eines „Controlling-Systems für die Flüchtlingsintegration“</u></p> <p>Basis ist eine umfassende Migrationsstatistik, die mittelfristig aufgebaut wird. Sie enthält geeignete Kennzahlen, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auswertung der Personen unter Berücksichtigung von ausländerrechtlichem Status, Herkunftsland etc. - Kennzahlen zur Integration in den Arbeitsmarkt - Kennzahlen zur Unabhängigkeit von öffentlichen Leistungen - Kennzahlen bezüglich Sprach- und Integrationskurse
<p>Erläuterung:</p> <p>Die Anzahl der Personen mit Duldung nimmt zu. Den daraus resultierenden Herausforderungen stellen wir uns unter Berücksichtigung des Spannungsfeldes zwischen Ordnungsrecht und Integration/Stabilisierung.</p> <p>Die Gruppe der unter 25-jährigen wird in den Bereiche Spracherwerb und Arbeitsmarktintegration in den Fokus genommen.</p> <p>Mittel- bis Langfristig sollen die Regelsysteme gestärkt und ein Regelbetrieb im Bereich Migration erreicht werden.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
0 Landrat / Erste Landesbeamtin	97 Amt für Migration und Integration
Verantwortung	Verantwortung
Eva-Maria Meschenmoser	Klaus Preisinger
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Sozialausschuss	Arbeit und Soziales
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Asylbewerber und Migranten – Betreuung	3180-97 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Ziele						
Was wollen wir erreichen?						
Z 1	Förderung der Integration von Migranten					
Z 2	Förderung und Stärkung des Ehrenamtes im Bereich der Asylbewerberbetreuung					
Z 3	Ausbau der Kultur – und Sprachmittler					
Z 4	Förderung der freiwilligen Rückkehr von Ausländern in ihre Herkunftsländer (Projekt „Return“); Ziele sind: <ul style="list-style-type: none"> • Rückkehr von mindestens 75 Personen in ihr Heimatland • Eingesparte Sozialleistungen von mindestens 300.000 € 					
Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
ZK 4.1	Anzahl der freiwilligen Ausreisen	bezogen auf die Anzahl ausgereister Personen	154	72	100	75
ZK 4.2	Summe eingesparter Sozialleistungen	Sozialleistungen in Form von Leistungen nach dem SGB II, SGB XII, AsylbLG oder Wohngeld	775.610 €	411.646 €	400.000 €	300.000 €
Leistungen						
Was tun wir?						
L 1.1	<ul style="list-style-type: none"> • Wir sind Ansprechpartner für die Geflüchteten zu persönlichen Fragestellungen und Problemen. • Wir unterstützen sie bei der Orientierung in Deutschland und bei der individuellen Lebenswegplanung. • Wir sind Ansprechpartner für bürgerschaftlich Engagierte und sorgen für den sozialen Frieden sowohl in der Unterkunft, als auch im nachbarschaftlichen Umfeld. 					

L 1.2	<p>Schrittweiser Aufbau eines „Controlling-Systems für die Flüchtlingsintegration“</p> <p>Basis ist eine umfassende Migrationsstatistik, die mittelfristig aufgebaut wird.</p> <p>Sie enthält geeignete Kennzahlen, wie z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auswertung der Personen unter Berücksichtigung von ausländerrechtlichem Status, Herkunftsland etc. - Kennzahlen zur Integration in den Arbeitsmarkt - Kennzahlen zur Unabhängigkeit von öffentlichen Leistungen - Kennzahlen bezüglich Sprach- und Integrationskursen 					
L 2.1	Finanzielle Unterstützung der Helferkreise in Form einer pauschalen Zuwendung je Helferkreis sowohl für Helferkreise, die sich in der vorläufigen Unterbringung als auch für Helferkreise, die sich in der Anschlussunterbringung engagieren.					
L 2.2	Finanzierung von Fortbildungsveranstaltungen, Supervision und Veranstaltungen zur Förderung des Austauschs und Vernetzung					
L 3.1	Koordination des Angebots zur Qualifizierung und Supervision der Kultur- und Sprachmittler					
L 3.2	Gewährung einer Aufwandsentschädigung					
L 4	Individuelle Rückkehrberatung für mindestens 150 Personen.					
Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 4	Anzahl der beratenen Personen		215	119	250	150

Ressourcen		
Was müssen wir dafür einsetzen?		
Personaleinsatz	2018 Plan	2019 Plan
Stellen lt. Stellenplan: Sprach- und Kulturmittler	0,5 VZÄ	0,5 VZÄ
Stellen lt. Stellenplan: Migrationsstatistik	0,5 VZÄ	0,5 VZÄ
Haushaltsmittel	2018 Plan	2019 Plan
Zuschuss Helferkreisförderung	60.000 €	60.000 €
Förderung der Kultur und Sprachmittler	26.000 €	26.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
ELB	Kultur- und Schulausschuss	Schule und Bildung	Regionales Bildungsbüro	<p>Sprachliche Bildung und Sprachförderung als die zentralen Herausforderungen für das Bildungssystem müssen in allen Bildungsbereichen und Bildungsabschnitten gefördert werden.</p> <p>Fortführen der Flexibilität, der Anschlussfähigkeit an Regelangebote sowie die Passgenauigkeit der kommunalen Deutschsprachförderung für Neuzugewanderte.</p> <p>Ermöglichung von Abschlüssen (v.a. Hauptschulabschluss) für junge Neuzugewanderte U25.</p> <p>Bildung von verständlichen und markanten Kennzahlen zum Spracherwerb von Neuzugewanderten.</p>	<ol style="list-style-type: none"> Die Ziele Z 1 bis Z 6 werden einschließlich der zugehörigen Zielkennzahlen wie im Infoblatt dargestellt, geändert und neu festgelegt. Die Leistungen L 2, L 3 und L 6 werden wie im Infoblatt dargestellt zusätzlich aufgenommen. Die Leistung L 1 wird im Bereich Vernetzung und Kooperation wie im Infoblatt dargestellt, ergänzt.
<p>Erläuterung:</p> <p>Sprache ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Gleichwohl ist die sprachliche Kompetenz seit geraumer Zeit regelmäßig ein Grund für das schlechte Abschneiden Baden-Württembergs in Bildungsvergleichsstudien. Dem zu begegnen bedeutet, die sprachliche Bildung als einen Prozess über mehrere Bildungsphasen hinweg zu erfassen und die „Sollbruchstellen“ zu bearbeiten. Mit der Veröffentlichung der Broschüre <i>SprachSchritte</i> sowie der Ausrichtung des Fachtages „Sprachförderung von der Kita in die Grundschule“ sind erste Schritte in diese Richtung erfolgt. Als nächster Schritt wird die Initiierung der Sprach- und Lernbegleiter für Grundschulen folgen. Hierbei werden Studierende der PH Weingarten als zusätzlich qualifizierte Lehrkräfte der Zukunft an Grundschulen, die einen entsprechenden Bedarf melden, als Förderkräfte aktiv.</p> <p>Eine weitere Strategie der Konzeption <i>SprachSchritte</i> ist die Förderung der Qualifizierung des pädagogischen Personals in der Bildungsregion. Neben Fachtagen sowie Fachveröffentlichungen wird es darum gehen, bestehende Fortbildungsangebote sowie Fortbildungsbedarfe in Einklang zu bringen. Das 2011 im Bildungsbüro entwickelte Fortbildungs- und Coachingformat KoBS wird vom Jugendamt wieder auf das Bildungsbüro übergehen. Eine Weiterentwicklung (Ausbau, ggf. auch in Richtung Grundschulen, inhaltliche Anpassung, Steigerung des Marketings/Öffentlichkeitsarbeit) wird nicht kostenneutral möglich sein.</p> <p>Auch künftige personelle Ressourcen, die im Bereich Akzeptanzmanagement, Koordinierung und Kooperation bei der sprachlichen Bildung unumgänglich sind, müssen spätestens im Haushaltsjahr 2019 kalkuliert und diskutiert werden (im Sommer 2020 endet ein Bundesprogramm aus dem derzeit 2,0 VK-Stellen im Regionalen Bildungsbüro refinanziert sind).</p> <p><u>Kommunale Deutschsprachförderung Asylbewerber und Migranten:</u></p> <p>Die zunehmende Differenzierung der Sprachförderangebote wird dem Bedarf an individueller Passgenauigkeit wie auch der Gestaltung einer differenzierten und anschlussfähigen Sprachförderlandschaft, gerade auch für Personen mit geringerer Bleibewahrscheinlichkeit, gerecht. Die dafür zur Verfügung gestellten Kreismittel in Höhe bis zu 375.000 €/Jahr können auch künftig durch das Regionale Bildungsbüro sinnvoll und zielgerichtet eingesetzt werden. Dabei wird die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit immer deutlicher, diese finanziellen Ressourcen zunehmend auch dem Begleit- und Förderangeboten innerhalb der Regelbildungssysteme (in der frühkindlichen Bildung, an Schulen, in der Erwachsenenbildung) zu erschließen und weitere Ressourcen zu prüfen. Wesentliche Ziele hierzu sind:</p>					

- Anschlussfähigkeit in reguläre Bildungsangebote herstellen sowie reguläre Abschlüsse ermöglichen. Dies gilt im Besonderen für die Gruppe der U25-jährigen.
- Reguläre Bildungsangebote bei der Herausforderung der Sprachförderung unterstützen, etwa durch begleitende Förderangebote
- Sprachliche Bildung unabhängig von Migration fördern
- Bei der Darstellung der Aktivitäten der Deutschsprachförderung sollten aussagekräftige und verständliche Kennzahlen im Vordergrund stehen. Dies lässt sich mit dem bereits geplanten Faktencheck (vergleichbar mit einem thematischen Bildungsbericht) „Deutschsprachförderung für Neuzugewanderte“ sehr gut verbinden.

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
0 Landrat / Erste Landesbeamtin	02 Stabstelle Regionales Bildungsbüro
Verantwortung	Verantwortung
Eva-Maria Meschenmoser	Ludger Baum
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Kultur- und Schulausschuss	Schule und Bildung
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Regionales Bildungsbüro	2150-02 Sonstige schulische Aufgaben / Einrichtungen

Allgemeine Informationen

Ganz im Sinne des Slogans „Sprache ist Bildung“ wird der zuletzt auch im aktuellen Bildungsbericht festgestellte hohe Sprachförderbedarf bei der frühkindlichen Bildung und der Schulbildung das Handlungsfeld mit höchster Priorität innerhalb der Bildungsregion sein. Die bereits bisherigen Aktivitäten der Förderung des Spracherwerbs bei Neuzugewanderten und die „klassische“ Sprachentwicklungsförderung im pädagogischen Alltag müssen dabei immer mehr zu einer durchgängigen Sprachförderkonzeption zusammenfließen (Konzeption **SprachSchritte**). Zwar bleiben die zentralen Koordinierungsaufgaben für die kommunale Deutschsprachförderung (alle Sprachbildungsangebote außerhalb BAMF) bestehen und werden immer weiter passgenau differenziert. Allerdings muss Sprachförderung wieder mehr als durchgehende Herausforderung über alle Bildungsbereiche erfasst werden, unabhängig von Migration und von Bildungsart. Mit unterschiedlichen Elementen wird die durchgängige Sprachförderung vom Regionalen Bildungsbüro gefördert und durch neue Initiativen ausgebaut.

Im Handlungsfeld der **Berufsorientierung** sind die bereits sehr durchgedrungenen Produkte des Regionalen Bildungsbüros (Berufswahlordner, Karrierebegleiter, Praxisforum) auf hohem Niveau weiter zu entwickeln. Dabei ist der neue Bildungsplan wesentlich zu berücksichtigen, ebenso die aktuellen Herausforderungen in der Berufsorientierung (z.B. Digitalisierung und Beratung von Risikoschülern).

Betreuungs-, Schul- und Unterrichtsqualität ist vor dem Hintergrund aktueller Vergleichsstudien in der baden-württembergischen Bildungspolitik und –verwaltung derzeit besonders im Fokus. Dabei sind aber die konkreten, politisch herbeigeführten Veränderungen noch unklar. Dennoch wird das Regionale Bildungsbüro gemeinsam mit dem Staatlichen Schulamt und anderen Bildungseinrichtungen, v.a. der Pädagogischen Hochschule und den Kita Fachverbänden, verstärkt bereichsübergreifende Fachveranstaltungen durchführen. Diese werden die Themen Sprachförderung, Schulmanagement, datenbasierte Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Digitalisierung in den Mittelpunkt rücken.

Um die **Chancengerechtigkeit** in der Bildungsregion weiter zu fördern, wird das Projekt WEICHENSTELLUNG, das die Förderung begabter Kinder mit ungünstigem sozialen Kontext ins Gymnasium zum Inhalt hat, in der Bildungsregion weiter ausgebaut werden.

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Erwachsene und integrationsbereite Neuzugewanderte im Landkreis Ravensburg erhalten bedarfsgerechte Sprachbildungsangebote in hoher Qualität, damit die Integration in den Arbeitsmarkt gelingen kann.
Z 2	Kinder und Jugendliche in Kindertagesstätten und Schulen erfahren eine Förderung ihrer Sprachkompetenz durch verschiedene Angebote und Maßnahmen.
Z 3	Fachkräften und Begleitern in Bildungseinrichtungen stehen geeignete Qualifizierungs- und Informationsangebote zur alltagsintegrierten Sprachförderung zur Verfügung.
Z 4	Eine systematische Berufsorientierung mit hoher Qualität an Schulen wird durch Angebote des Regionalen Bildungsbüros (Berufswahlordner, Karrierebegleitung, Praxisforum Schule trifft Wirtschaft) unterstützt.
Z 5	Fachveranstaltungen werden bedarfsgerecht geplant und umgesetzt.
Z 6	Das Begabtenprojekt WEICHENSTELLUNG wird an verschiedenen Standorten in der Bildungsregion umgesetzt.

Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
ZK 1	Anzahl Sprachbildungsmaßnahmen	Zunehmend differenziert und bedarfsgerecht.		Durchführung von Kursen und Einzelförderungen	Kurse und Stipendien sowie Ausbau differenzierter Angebote	Differenzierte kommunale Sprachbildungslandschaft
ZK 2	Umsetzung Teilprojekte der Konzeption Sprach <i>Schritte</i>	KoBS wird „modernisiert“ und ausgebaut. Sprachpaten als neues Projekt wird umgesetzt.	-	Kooperation mit Jugendamt bei KoBS	Übernahme KoBS. Gewinnung + Qualifizierung Sprachpaten.	Weiterentwicklung KoBS wird umgesetzt. Kreisweiter Einsatz von Sprachpaten.
ZK 3	Durchführung von Qualifizierungsangeboten zur Sprachförderung	Neu gewonnene Sprachpaten werden qualifiziert. Fachtag Sprache. Veröffentlichung Handreichung Sprachförderung.	-	-	20 Paten Hohe Teilnehmerzahl Online und Druck	Ausbau der Sprachpatenschaften Regelmäßige Fachforen Weitere Teilprojekte
ZK 4	Systematische Nutzung des Berufswahlorders (BWO) Karrierebegleitung an Projektschulen	BWO wird evaluiert und nutzungsgerecht weiterentwickelt. Anforderungen der VwV Berufl. Orientierung und des neuen Schulfach WBS werden integriert.	Bestellmenge: 3.076 Projektstart mit 10 Schulen	Standardwerk zw. Ulm und Bodensee Projektdurchführung mit 10 Schulen	Bestellungen aus allen Schularten Weitere Profilierung, u.a. mit Fortbildungen	Prüfung der digitale Variante Perspektiven Nachhaltigkeit Anschlussfinanzierung
ZK 5	Fachveranstaltungen und Fortbildungen	Von Vortrag bis Fortbildung, von Workshop bis Konferenz, Schwerpunkt Sprachförderung	4	12	10	10
ZK 6	Ausbau und gesicherte Finanzierung	Projekt weiter ausbauen Finanzierung sichern Stiftung gewinnen	Je 1 Grundschule und Gymnasium	Je 4 Grundschulen und Gymnasien 2 Stiftungen aus dem Landkries	Je 5 Grundschulen und Gymnasien 2 Stiftungen	Mind. 1 weiterer Standort mit Grundschule und Gymnasium Weitere Stiftung

Leistungen

Was tun wir?

L 1	<ul style="list-style-type: none"> • Zentrale, datenbasierte Koordinierungen und Qualitätsentwicklung: <ul style="list-style-type: none"> - Deutschkurse und VABO Beschulung - Abschluss von Rahmen- und Durchführungsvereinbarungen mit Sprachkursträgern - Umsetzung verschiedener Förderprogramme - Landkreisweite Bedarfs- und Angebotsplanung - Ausbau der datengestützten Planung und Dokumentation - Konzipierung und Umsetzung bedarfsgerechter und flexibler Spracherwerbsangebote - Nutzung der Tools JobKraftwerk und Geoinformationssystem GIS
	<ul style="list-style-type: none"> • Herstellung von Transparenz, Information und Beteiligung: <ul style="list-style-type: none"> - Bedarfsabfragen und Angebotskommunikation - Servicetools Homepage, JobKraftwerk, Newsletter LR, ggf. Geoinformationssystem GIS - Mitwirkung Qualifizierung Kultur- und Sprachmittler - Veröffentlichung Faktencheck VABO und Kommunale Deutschsprachförderung
	<ul style="list-style-type: none"> • Vernetzung und Kooperation: <ul style="list-style-type: none"> - Führung von Runden Tischen VABO und Sprachkursträger (mit BAMF) - Fortführung der AG Sprache und Bildung zur Umsetzung des Integrationskonzeptes - Vor Ort-Gespräche und Information mit kommunalen Integrationsmanagern sowie Ehrenamtlichen - Verwaltungsinterne Information und Abstimmungen zu Verfahren, Planung, gemeinsamen Strategien - Mitwirkung Netzwerk Integration - Projektinitiativen, z.B. mit Stiftungen - Bedarfsgerechte zusätzliche Deutschsprachförderung (z.B. nachgehende Förderung) wird umgesetzt. - Die Durchführung von Eingangs- und Abschlusstests wird bei jeder Bildungsmaßnahme verpflichtend durchgeführt. Begleitend entsteht ein sog. „Faktencheck Deutschsprachförderung für Neuzugewanderte“.
L 2	<ul style="list-style-type: none"> • Entwicklung und Umsetzung von weiteren Bausteinen der Konzeption SprachSchritte <ul style="list-style-type: none"> - Sprachpaten an Schulen: <ul style="list-style-type: none"> ▪ Gewinnung von Sprachpaten ▪ zentrale Einsatzplanung und –koordinierung - Kollegiale Beratung Sprachförderung (KoBS) <ul style="list-style-type: none"> ▪ Inhaltliche und organisatorische Weiterentwicklung gem. Mit Jugendamt und Trägern ▪ Marketing, um flächigen Ausbau zu erreichen ▪ Übernahme der Koordinierung KoBS vom Jugendamt ▪ Bericht und BV zur Finanzierung im Jugendhilfeausschuss
L 3	<ul style="list-style-type: none"> • Qualifizierung Kollegiale Beratung Sprachförderung (KoBS): <ul style="list-style-type: none"> - Erhebung und Auswertung Fortbildungsbedarf in Kitas - Beauftragung und Begleitung der Qualifizierungsreihe KoBS durch Coaches • Qualifizierung von Sprachpaten <ul style="list-style-type: none"> - Qualifizierungskonzept erstellen, Referenten beauftragen - Qualifizierung durchführen - Supervision sicherstellen • Fachtag Sprache <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung einer Impuls- und Workshopveranstaltung zu Sprachförderung in Kita und Schule • Handreichungen und Informationen für ExpertenInnen <ul style="list-style-type: none"> - Erstellen und Veröffentlichen von Handreichung Sprachförderung sowie Einrichtung eines Homepageportals
L 4	<ul style="list-style-type: none"> • Berufswahlordner weiterentwickeln und vertreiben <ul style="list-style-type: none"> - Auswertung der Evaluationsergebnisse und Berücksichtigung für Weiterentwicklung 2018 - Inhaltliche Integration der Verwaltungsvorschrift „Berufsorientierung“ sowie Schulfach WBS - Sicherung Finanzierungskonzeptes mit Partnern - Bestellverfahren und Vertrieb organisieren und durchführen
	<ul style="list-style-type: none"> • Umsetzung Projekt BRÜCKENBAU <ul style="list-style-type: none"> - Fachliche Begleitung der Karrierebegleiter - Ausbau des gemeinsamen Kompetenzpools mit PH Weingarten und BIFO Vorarlberg - Fortbildungsveranstaltungen mit Schwerpunkt „Digitalisierung“ - Prüfung von Anschlussmöglichkeiten nach Projektende
	<ul style="list-style-type: none"> • Fortführung Praxisforum Schule Beruf <ul style="list-style-type: none"> - Durchführung von Exkursionen als Zwischenangebote - Gewinnung von weiteren Kooperationspartnern zur weiteren Etablierung der Reihe Praxisforum
L 5	<ul style="list-style-type: none"> • Themenrecherche, Organisation, Durchführung, Dokumentation und Nachbereitung von Fachveranstaltungen <ul style="list-style-type: none"> - Auftragsklärung mit Steuerungsgruppe - Kooperation mit Veranstaltungspartnern - Gewinnung von Referenten - Organisation, Öffentlichkeitsarbeit - Nachbereitung
L 6	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentlichkeitsarbeit zu Projekt WEICHENSTELLUNG • Organisation des begleitenden kulturellen Bildungsprogrammes

Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 1	Kommunale Deutschkurse + sprachbildende Maßnahmen	Anzahl Kurse (bzw. Teilnahmen)	69 (1.205)	45 (685)	50 (ca. 500)	Je nach Zugangs- situation ??
	Einzelförderung mit Kommunalen und Landesmitteln	Einzelförderung als Stipendien	14	48	60	60
	Versorgung Schulplätze VABO	Quote	100%	100%	100%	100%
	Erfassung Sprachniveaus in VABO und Kommunalen Sprachbildung	Quote	--	40%	100%	100%
	Rahmenvereinbarungen Sprachkursträger	Anzahl Vereinbarungen Kommunal finanzierte Kurse	15	19	20	n.o.
		Anzahl Vereinbarungen VwV Deutsch für Flüchtlinge und Einzelförderung	6	6	8	n.o.
	Angebotsabfragen + Veröffentlichung Integrationskurse	Frequenz	Quartal	14-tägig	14-tägig	14-tägig
	Rd. Tisch VABO Koordinierung	Anzahl	4	2	2	2
Runder Tisch Sprachkursträger	Anzahl	4	2	2	2	
LK 2	Sprachpaten	Gewinnung von Sprachpaten	-	-	20	40
	Einsätze von Sprachpaten	Zentrale Koordinierung beim RBB.	-	-	6 Kleingruppen à 3 Schüler	12 Kleingruppen à 3 Schüler
	Auslastung KoBS	In 2018/2019 12 mögliche Plätze, Ausbau vorgesehen.	4	7	12	20
LK 3	Qualifizierungs- module von Sprachpaten	Intensive Qualifizierung zu Sprachförderung plus begleitende Supervision	-	-	1	4
	Teilnahmen Fachtag	Fachtag Sprache Kita und Grundschule	-	-	80	120
	Veröffentlichung Handreichung	Information und Überblick für Fachkräfte	-	-	1	
LK 4	Bestellungen Berufswahlordner	Ziel: möglichst viele 7. Jahrgangsstufen	3.070	1.500	1.500	1.500
	Fortbildungsveranstaltungen BRÜCKENBAU	Grenzüberschreitende Fortbildungen der Karriereberater und Berufsberater	-	1	2	2
	Kooperationspartner Praxisforum	Bisher AfA, künftig auch Kammern und Schulamt	2	2	3	5
LK 5	Fachveranstaltungen	Verschiedene Zielgruppen, eigenständig oder in Kooperation	6	12	10	12
LK 6	Weitere Standorte	Je nach Finanzierungssicherheit	2	2	3	5

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Personaleinsatz	Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Zu Z 1 und Z 2 Zwei Stellen „Kommunale Koordinierung“ (2x 1,00) Plus Stellenanteil RBB (0,30)	Das Bundesprogramm „Kommunale Koordinierung“ mit zwei refinanzierten Stellen beim RBB endet zum 31.07.2020. Die Aufgaben von Z 1 und zu großen Teilen von Z 2 werden durch diese beiden Stellen umgesetzt.	+ 2,30	+2,30	+ 2,30	+ 2,30
Haushaltsmittel		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Kreismittel zur Umsetzung von kommunalen Spracherwerbsangeboten in Ergänzung zu BAMF Integrationskursen		0 €	220.600 €	375.000 €	375.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
I	Ausschuss für Umwelt und Technik	Mobilität	Förderung Radverkehr	Es wird empfohlen, eine Qualitätssicherung der Radwegenetzbeschilderung zu entwickeln, die Mitgliedschaft in der Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Kommunen (AGFK) fortzuführen und den Radverkehr durch Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zu fördern.	Die Leistungen werden wie folgt ergänzt: L 1.3 Qualitätssicherung der Radwegenetzbeschilderung
Erläuterung:					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
1 Allg. Service, Kultur und Bürgerservice	11 Hauptamt
Verantwortung	Verantwortung
Joachim Simon	Thomas Riesch
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Ausschuss für Umwelt und Technik	Umwelt, Natur und Energie
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Förderung Radverkehr	5610-91 Energie und Klimaschutz

Allgemeine Informationen

Der Kreistag hat am 25.01.2018 verschiedene Bausteine zur Förderung des Radverkehrs im Landkreis Ravensburg beschlossen.

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Stärkung des Fahrrads als Alltagsverkehrsmittel und Nutzung des Potenzials für den Tourismus.
Z 2	Entlastung der Umwelt und der Bevölkerung durch Verringerung der Luftschadstoffe und der Lärmbelästigung.

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1	Radwegenetzbeschilderung Landkreis Ravensburg
L 1.1	Komplementärfinanzierung für den Zweckverband Ferienregion Allgäu-Bodensee zur Beschilderung und digitalisierten Erfassung des Radwegenetzes.
L 1.2	Übernahme der Planungskosten für eine einheitliche, kreisweit durchgängige Beschilderung und digitalisierten Erfassung des Radwegenetzes.
L 1.3	Qualitätssicherung der Radwegenetzbeschilderung
L 2	Verdichtung des Ladeinfrastrukturnetzes für Elektrofahrräder im Landkreis
L 2.1	Ausarbeitung eines touristischen Konzepts mit installierten und alternativen Ladesystemen
L 2.2	Errichtung von Ladesystemen für Besucher an den touristischen Ausflugszielen Bauernhausmuseum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg und Schloss Achberg
L 3	Machbarkeitsstudie Radschnellverbindung
L 4	Mitgliedschaft in der kommunalen Gebietskörperschaft der AGFK-BW (Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Baden-Württemberg)
L 5	Öffentlichkeitsarbeit für den Radverkehr

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Personaleinsatz

Klimaschutzmanagerin des Landkreises: Personalaufwand zu 65 % gefördert durch das Land

Haushaltsmittel	2018 Plan	2019 Plan
L 1.1	71.000 €	
L 1.2	60.000 €	
L 1.3		30.000 €
L 2.1	10.000 €	
L 2.2	10.000 €	
L 4	3.000 €	3.000 €
L 5	5.000 €	5.000 €
Gesamtsummen	159.000 €	38.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
I	Kultur- und Schulausschuss	Kultur	Digitales Langzeitarchiv (DIMAG)	-	Das Digitale Langzeitarchiv (DIMAG) ist kein Handlungsfeld der Kreisstrategie mehr.
<p>Erläuterung: Das Digitale Langzeitarchiv wurde im April 2018 im Kreisarchiv Ravensburg eingerichtet. Die Mittelbereitstellung für den laufenden Betrieb ist sichergestellt. Zur weiteren Umsetzung (z. B. Verbund mit hauptamtlich besetzten Stadtarchiven) sind keine neuen strategischen Entscheidungen notwendig.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
1 Allg. Verwaltung, Kultur und Bürgerservice	95 Kulturbetrieb
Verantwortung	Verantwortung
Joachim Simon	Dr. Maximilian Eiden
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Schul- und Kulturausschuss	Kultur
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Digitales Langzeitarchiv (DIMAG)	2521 Kreisarchiv

Allgemeine Informationen

Gesetzliche Aufbewahrungs- und Lösungsfristen stellen die Kommunalarchive vor die neue Aufgabe, auch digitale Verwaltungsunterlagen zu bewerten und dauerhaft in dieser Entstehungsform zu archivieren. Um elektronisch entstandene Unterlagen gesetzeskonform bewerten und archivieren zu können, haben Land und Kommunen ein Verfahren für die dauerhafte Archivierung digitaler Unterlagen entwickelt (DIMAG = Digitales Magazin). Für einen effizienten Einsatz der sehr speziellen Finanz- und Personalressourcen ist eine Verbundlösung mit einem größeren ausführenden Archiv (hier: Kreisarchiv) und anderen hauptamtlich besetzten Stadtarchiven sowie die Übernahme digitaler Unterlagen der Gemeinden im Rahmen der Gemeindearchivpflege sinnvoll. Der Landkreis schafft diese Lösung beim Kommunalen Rechenzentrum im Einvernehmen mit den Kommunen. Für den beginnenden Betrieb ist für den Landkreis Ravensburg derzeit mit jährlichen Kosten von ca. 25.100 Euro zu rechnen (Gebühr des Landesarchivs für Programmentwicklung und Support: 3.500 Euro, Betriebskosten des Kommunalen Rechenzentrums Ulm: 13.500 Euro Vollnutzenerentgelt plus 1.600 Euro pro 1Terrabyte Speicherplatz, eigener Aufwand für zusätzliche Personal- und Betriebskosten: ca. 6.500 Euro).

Die Voraussetzungen für die Umsetzung des Projektes sind zwischenzeitlich geschaffen, so dass dieses Projekt ab dem Jahr 2019 nicht mehr strategisches Handlungsfeld der Kreisstrategie sein soll.

Ziele	
Was wollen wir?	
Z 1	Umsetzung der gesetzlichen Verpflichtung zur dauerhaften Archivierung digitaler Unterlagen durch Landkreis und Gemeinden.
Leistungen	
Was tun wir?	
L 1	Beratung und Unterstützung des Landratsamtes und der Kreisgemeinden der digitalen Schriftgutverwaltung und Archivpflege
L 2	Sichtung und Bewertung der bei Landratsamt und Gemeinden angefallenen digitalen Daten, die zur Aufgabenerfüllung nicht mehr ständig benötigt werden; Übernahme, Verwahrung, Erhaltung und Pflege der digitalen Unterlagen von bleibendem Wert
L 3	Ergänzung der Überlieferung durch für Geschichte und Gegenwart des Landkreises bedeutsames digitales Sammlungsgut.
L 4	Erschließung und allgemeine Nutzbarmachung der übernommenen Unterlagen für die Verwaltung, die wissenschaftliche Forschung und Bürger mit berechtigtem Interesse

Ressourcen					
Was müssen wir dafür einsetzen?					
Haushaltsmittel	2017	2018	2019	2020	2021
Gebühren des Landesarchivs	3.500	3.500	3.500	3.500	3.500
Geb. des Landesarchivs: Gemeindearchivpflege		7.000	7.000	7.000	7.000
Erstattungen von Gemeinden durch Umlage		- 7.000	- 7.000	- 7.000	- 7.000
Betriebskosten des Rechenzentrums Ulm	15.100	15.100	15.100	16.700	16.700
Aufwand Kreisarchiv (Sachkosten, Schulungen, Hilfskräfte)	6.500	6.500	6.500	6.500	6.500

Ein Teil der Kosten sollte als Unkostenbeitrag von den am Verbund beteiligten Kreisgemeinden erhoben werden.

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
I	Kultur- und Schul- ausschuss	Kultur	Allgemeine Kulturarbeit	keine	Es wird ein neues Handlungsgeld „Allgemeine Kulturarbeit“ in die Kreisstrategie aufgenommen. Die Ziele und Leistungen werden wie im Infoblatt dargestellt, festgelegt.
<p>Erläuterung: Die Steuerung dieses Aufgabenbereichs soll umfassend über das Instrument der Kreisstrategie erfolgen.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
1 Allg. Verw., Kultur u. Bürgerservice	95 Kulturbetrieb
Verantwortung	Verantwortung
Joachim Simon	Dr. Maximilian Eiden
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Kultur- und Schulausschuss	Kultur
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Neu: Allgemeine Kulturarbeit	2810 Sonstige Kulturpflege

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Gästen im Landkreis soll ein umfassendes Kulturangebot zur Verfügung stehen.
Z 2	Das regionale Kulturschaffen und Kulturerbe soll erhalten, gefördert und vermittelt werden.
Z 3	Professionelle Vermarktung der Kulturarbeit des Landkreises, hoher Grad von Sichtbarkeit und Verzahnung der Angebote, Koordination der Kulturarbeit unter fachlichen Qualitätsgesichtspunkten.

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1	Erarbeitung einer Kulturkonzeption.
L 2	Marketingoffensive mit Besucheranalyse, laufender Anpassung der Angebote an veränderte Freizeitverhalten und Informationswege sowie aktiver Zielgruppenerschließung; Führungsunterstützung bei strategischer und wirtschaftlicher Leitung des Kulturbetriebs.

Ressourcen			
Was müssen wir dafür einsetzen?			
Haushaltsmittel	2019 Plan	2020 Plan	2021 Plan
L 1 und 2: Für die Erarbeitung der Kulturkonzeption (z. B. externe Berater) und die Marketingoffensive werden möglicherweise zusätzliche Sachmittel benötigt.	Noch offen		
Personal / zusätzlicher Stellenbedarf	2019 Plan	2020 Plan	2021 Plan
L 2: Marketingoffensive und Unterstützung strategische Leitung KU	1,0		

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
I	Kultur- und Schul-ausschuss	Kultur	Bauernhaus-Museum Wolfegg	keine	Das Handlungsfeld „Instandhaltung Bauernhaus-Museum Wolfegg“ wird umbenannt in „Bauernhaus-Museum Wolfegg“. Die Ziele und Leistungen werden wie im Infoblatt dargestellt, festgelegt.
<p>Erläuterung: Die Steuerung dieser wichtigen Kultureinrichtung soll umfassend über das Instrument der Kreisstrategie erfolgen.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
1 Allg. Verw., Kultur u. Bürgerservice	95 Kulturbetrieb
Verantwortung	Verantwortung
Joachim Simon	N.N.
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Kultur- und Schulausschuss	Kultur
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg	2810-01 Bauernhaus-Museum Wolfegg

Allgemeine Informationen

Das Bauernhaus-Museum Allgäu-Oberschwaben Wolfegg, 1978 gegründet, befindet sich seit 2003 in der Trägerschaft des Landkreises Ravensburg. Bis 2016 war es Betriebsteil des Eigenbetriebs Kultur im Landkreis Ravensburg, im Jahr 2017 wurde es in die Kernverwaltung des Landkreises integriert und seitdem als Regiebetrieb weitergeführt.

Das Museum repräsentiert die ländliche Kultur des südlichen Oberschwabens, des württembergischen Allgäus und des nördlichen Bodenseeraums. Als eines von sieben Freilichtmuseen in Baden-Württemberg steht es in regelmäßigem fachlichen Austausch mit dem Arbeitskreis der „Sieben im Süden“. Die Kernaufgaben des Museums sind – analog zu den Standards des Deutschen Museumsbunds (DMB) und des Internationalen Museumsrats (ICOM) – das Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln von regionaler Alltagskultur und Geschichte. Es ist zudem als außerschulischer Lernort fest in der regionalen Bildungslandschaft etabliert.

Mit durchschnittlich ca. 75.000 Besuchern zählt das Bauernhaus-Museum zu den besucherstärksten kulturgeschichtlichen Museen der Region Oberschwaben-Bodensee-Allgäu. Durch die Realisierung verschiedener – auch grenzüberschreitender – Ausstellungs- und Forschungsprojekte gelingt es, auch überregionale Aufmerksamkeit und einen kulturtouristischen Stellenwert zu erlangen.

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Als regionales Freilichtmuseum repräsentiert das Bauernhaus-Museum die ländliche Kultur des südlichen Oberschwabens, des württembergischen Allgäus und des nördlichen Bodenseeraums.
Z 2	Das Bauernhausmuseum bewahrt und steigert stetig seine Attraktivität als Museum sowie als Kultur-, Bildungs- und Freizeiteinrichtung für möglichst viele unterschiedliche Besuchergruppen aus dem Landkreis Ravensburg, den angrenzenden Regionen sowie für die Zielgruppe der Touristen.

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1.1	Wahrnehmung der zentralen musealen Kernaufgaben eines Museums (Sammeln, Bewahren, Forschen und Vermitteln) in Bezug auf die regionale Alltagskultur und die Geschichte des südlichen Oberschwabens, des württembergischen Allgäus und des nördlichen Bodenseeraums.
L 1.2	Fachgerechte Erhaltung und Sicherung der historischen Bausubstanz der Baudenkmale mit Unterstützung von Experten der Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg, auf Basis eines jährlichen Instandhaltungsprogramms.
L 1.3	Realisierung von Projekten, vor allem in den Bereichen Forschen und Vermitteln durch die Umsetzung verschiedener Dauer- und Sonderausstellungen.
L 2.1	Etablierung und Ausbau des Museums als außerschulischer Lernort in der regionalen Bildungslandschaft mit einem entsprechenden museumspädagogischen Angebot.
L 2.2	Weiterentwicklung des Erlebnis- und Veranstaltungsprogramms für Kinder, Familien, Erwachsene und Gruppen.

L 2.3	Ausbau des Museumsgeländes durch verschiedene Maßnahmen, beispielsweise durch den Bau eines Spielplatzes, einer barrierefrei zugänglichen Toilette und – perspektivisch – weiterer Museumsgebäude.
L 2.4	Verstärkung, Professionalisierung, Koordination und laufende Aktualisierung des Kultur- und Besucher-Marketings im gesamten Kulturbetrieb (siehe Handlungsfeld „allg. Kulturarbeit“ Produkt „Sonstige Kulturpflege“).

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Zu L 1.2:

Für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bleiben die Mittel für Instandhaltung im Sanierungszeitraum 2017 bis 2021 jährlich um 50.000 € aufgestockt. Weiterhin werden Förderanträge bei der Landesstelle für Museumsbetreuung Baden-Württemberg gestellt, um die erforderlichen Maßnahmen finanziell zu unterstützen.

Zu Z 1 und Z 2:

Wie im Vorjahr.

Haushaltsmittel	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan	2021 Plan
Gesamtansatz für Instandhaltung und Sanierung der historischen Bausubstanz		97.500	97.500	97.500	97.500

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
I	Kultur- und Schul-ausschuss	Kultur	Schloss Achberg	keine	Das Handlungsfeld „Instandhaltung Schloss Achberg“ wird umbenannt in „Schloss Achberg“. Die Ziele und Leistungen werden wie im Infoblatt dargestellt, festgelegt.
<p>Erläuterung: Die Steuerung dieser wichtigen Kultureinrichtung soll umfassend über das Instrument der Kreisstrategie erfolgen.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
1 Allg. Verw., Kultur u. Bürgerservice	95 Kulturbetrieb
Verantwortung	Verantwortung
Joachim Simon	Dr. Maximilian Eiden
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Kultur- und Schulausschuss	Kultur
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Schloss Achberg	2810-02 Schloss Achberg

Allgemeine Informationen

Schloss Achberg ist seit 1995 der Öffentlichkeit zugänglich. Als Kulturzentrum des Landkreises ist Schloss Achberg ein Ausstellungs-, Veranstaltungs- und Lernort. Es zeigt zwischen April und Oktober entweder eine oder zwei große Kunstaussstellungen. Ein ausgewogenes Programm von Kulturveranstaltungen und Bildungsangeboten vermittelt bildende und darstellende Künste sowie Musik, will aber auch das Bewusstsein für die einzigartige naturräumliche Lage, die Architektur und Geschichte des Schlosses vertiefen. Schloss Achberg ist als außerschulischer Lernort fest in der regionalen Bildungslandschaft etabliert.

Schloss Achberg zählt mit derzeit etwa 15.000 Besuchern in einer halbjährigen Saison trotz seiner Abgelegenheit zu den erfolgreichsten Einrichtungen seiner Art in der Region Allgäu-Bodensee-Oberschwaben. Durch verstärkte regionale und überregionale Kooperationen soll es in den Folgejahren insbesondere als Lernort gestärkt und kulturtouristisch noch besser platziert werden.

Zielgruppen von Schloss Achberg sind sowohl Menschen aus dem Landkreis Ravensburg wie auch aus den angrenzenden Regionen und Touristen, die in der Region Urlaub machen. Bei der Weiterentwicklung des Programms wird auf Angebote an Menschen aus verschiedenen Generationen und mit unterschiedlichem Bildungsgrad und kulturellem Hintergrund geachtet.

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Schloss Achberg weckt und fördert bei seinen Besuchern das Interesse an Kunst, Musik und Geschichte. Es bietet ein attraktives Bildungs- und Vermittlungsangebot für möglichst viele Menschen.
Z 2	Schloss Achberg bietet Raum für Begegnungen: Zwischen Bodensee und Allgäu gelegen ist das Schloss ein stark frequentiertes Ziel für ein regionales und überregionales, natur- und kulturverbundenes Publikum.
Z 3	Schloss Achberg stärkt regionales Geschichtsbewusstsein und Identität sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1.1	Schloss Achberg als Ausstellung- und Veranstaltungsort sowie als historischer Ort: Konzeption und Präsentation von Ausstellungen, Konzerten, Führungen, Workshops und Publikationen.
L 1.2	Schloss Achberg als Lernort mit Freiraum für Kreativität: Etablierung und Ausbau des Hauses als außerschulischer Lernort in der regionalen Bildungslandschaft mit einem entsprechenden museumspädagogischen Angebot. Entwicklung von Bildungs- und Mitmachangeboten für alle Generationen, unterschiedliche Bedürfnisse und kulturelle Hintergründe.
L 2.1	Schloss Achberg als Ort mit hohem Freizeitwert: Einbezug der einzigartigen naturräumlichen Lage insbesondere bei den Vermittlungsangeboten für Kinder und Jugendliche. Unterhalt der Infrastruktur für Ausflügler und Touristen in der Region Allgäu-Bodensee-Oberschwaben.
L 2.2	Schloss Achberg als Kulturdenkmal: Erhaltung der historischen Bausubstanz.

L 3.1	Schloss Achberg als Ort der Kooperation und Vernetzung: Angebote und Räumlichkeiten für Weiterbildung und Vernetzung von Multiplikatoren und Menschen in der Kulturarbeit. Ergänzung und Unterstützung der kulturellen Angebote in der Region. Zusammenarbeit mit Partnern im Landkreis und im weiteren Umfeld, wie z.B. den Musikschulen, der PH Weingarten, dem Landeskonservatorium Feldkirch, dem Regionalen Bildungsbüro etc.
L 3.2	Verstärkung, Professionalisierung, Koordination und laufende Aktualisierung des Kultur- und Besucher-Marketings im gesamten Kulturbetrieb (siehe Handlungsfeld „allg. Kulturarbeit“ Produkt „Sonstige Kulturpflege“).

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Zu L 2.2:

Für die erforderlichen Sanierungsmaßnahmen bleiben die Mittel für Instandhaltung im Sanierungszeitraum 2017 bis 2021 jährlich um 15.000 € aufgestockt.

Haushaltsmittel	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan	2020 Plan	2021 Plan
Gesamtansatz für Instandhaltung und Sanierung der historischen Bausubstanz		69.000	69.000	69.000	69.000

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
II	Kultur- und Schulausschuss	Schule und Bildung	Berufsbildende Schulen	<p>Die Entscheidung des Kreistags zur Bildung von Kompetenzzentren vom 25.01.2018 soll auch im strategischen Handlungsfeld „Berufsbildende Schulen“ dokumentiert werden.</p> <p>Die Leistungen werden um die Ziffer</p> <p>L 3.3 ergänzt:</p> <p>Die Schulen legen für sie ideale Bedingungen des Schulbetriebs in einem gemeinsamen pädagogischen Leitfadens und in jeweiligen Raumprogrammen dar. Diese Bedarfsplanung wird nach Möglichkeit Grundlage der planerischen Überlegungen zur weiteren baulichen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen.</p>	<p>Die Beschreibung der Leistungen wird wie folgt ergänzt: L 1 Zur Vermeidung von Kleinklassen und der Schließung von Klassen werden ab dem Schuljahr 2018/2019 folgende Kompetenzzentren gebildet:</p> <p><u>Westlicher Teil:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soziales an der Edith-Stein-Schule RV 2. Handel und Kaufleute an der Humpis-Schule RV 3. Gewerbe an der Gewerblichen Schule RV. <p><u>Württembergisches Allgäu:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gewerbe und Soziales an der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch 2. Handel und Kaufleute am Beruflichen Schulzentrum Wangen. <p><u>Kreisweit:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gesundheit und Ernährung und Hauswirtschaft an der Edith-Stein-Schule RV 2. Pflege an der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch 3. Land- und Milchwirtschaft am Beruflichen Schulzentrum Wangen. <p>Die Leistungen werden um die Ziffer</p> <p>L 3.3 ergänzt:</p> <p>Die Schulen legen für sie ideale Bedingungen des Schulbetriebs in einem gemeinsamen pädagogischen Leitfadens und in jeweiligen Raumprogrammen dar. Diese Bedarfsplanung wird nach Möglichkeit Grundlage der planerischen Überlegungen zur weiteren baulichen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen.</p>

Erläuterung:

Die regionale Schulentwicklung schafft im Interesse aller Beteiligten langfristige Perspektiven für leistungsstarke Schulstandorte, die einen sachgerechten und effizienten Einsatz von Personal und Sachmittel erlauben. Sie soll immer kleiner werdende Schulstandorte vermeiden, an denen weder die pädagogisch notwendigen Differenzierungen möglich sind, noch kurzfristig ausfallende Lehrkräfte verlässlich vertreten werden können. Gleichzeitig sollen die Schülerinnen und Schüler weiterhin den gewünschten Schulabschluss in zumutbarer Erreichbarkeit absolvieren können.

Um dies erreichen zu können, wurden langfristig ausgelegte Gesamtmodelle im Rahmen der regionalen Schulentwicklung für eine stabile zukunftsfähige Schulstruktur der beruflichen Schulen im Landkreis Ravensburg entwickelt. Dadurch wird erreicht, dass

- a) auf längere Sicht die Bildung von Kleinklassen verhindern wird und
- b) die Grundlage zur Planungssicherheit für die erforderlichen Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen an den Schulgebäuden geschaffen wird.

Dazu wurden regionale Kompetenzzentren gebildet. Dies führt zu einer langfristigen Stärkung der Schulstandorte im Interesse der Schüler, der Ausbildungsbetriebe sowie den Lehrern. An den regionalen Kompetenzzentren ist es einfacher möglich, den Ausbildungsstandort auf dem jeweiligen Stand der Technik zu halten. Die Schüler und Ausbildungsbetriebe erhalten damit einen attraktiven Partner in der dualen Ausbildung. Die Beziehung zwischen den Ausbildungsbetrieben und den Schulen können langfristig und verlässlich erfolgen, ohne dass fortlaufend die Frage der Aufgabe des Ausbildungszweigs durch zu geringe Schülerzahlen im Raum steht. Bei Auswahl des Arbeitsplatzes sind auch für die Lehrer stabile und leistungsfähige Schulstandorte mit Kompetenzzentren interessanter wie Schulen, die fortlaufend um den Bestand von Ausbildungsgängen bangen müssen.

Innerhalb der zwei Regionen des Landkreises Ravensburg – westlicher Teil und württembergisches Allgäu – wurde ein Kompetenzzentrum jeweils an einen der bestehenden Schulstandorte etabliert, wenn die Schülerzahlen hierfür ausreichend sind.

Soweit die Schülerzahlen zur Bildung von zwei Kompetenzzentren in Zukunft aber zu gering sind, erfolgt die Bündelung an einem Standort im Landkreis Ravensburg. Die sich dabei ergebenden Kompetenzzentren werden zwischen den Regionen sachgerecht aufgeteilt.

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
2 Finanzen, Schulen und Infrastruktur	13 Amt für Kreisschulen
Verantwortung	Verantwortung
Franz Baur	Andreas Ebenhoch
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Kultur- und Schulausschuss	Schule und Bildung
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Berufsbildende Schulen	2130 Berufsbildende Schulen

Allgemeine Informationen

1. Schülerprognosen

Im Schuljahr 2017/18 waren es bei den Beruflichen Schulen 10.683 Schüler und somit im Vergleich zum Vorjahr 253 Schüler weniger (- 2,3 %). Die Zahl der Teilzeitschüler ist um 4 Schüler (- 0,1 %) auf 5.792 gesunken. Die Zahl der Vollzeitschüler nahm um 249 Schüler auf 4.891 (- 4,8 %) ab.

Zusammen wurden an den Fachschulen für Landwirtschaft 73 Schüler unterrichtet, 3 Schüler weniger als im Vorjahr.

5 VAB/O-Klassen (Vorqualifizierungsjahr Arbeit/Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen) mit insgesamt 64 Schülern waren an den Beruflichen Schulen eingerichtet.

2. Sachkostenbeiträge nach § 17 FAG

Der Landkreis erhält vom Land nach der Schullastenverordnung pro Schüler einen Sachkostenbeitrag.

	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Ist 2019
Teilzeitbereich	422 €	403 €	434 €	468 €	512 €	523 €	
Vollzeitbereich	1.032 €	987 €	1.067 €	1.151 €	1.264 €	1.294 €	

Ziele

Was wollen wir erreichen?

Z 1	Das Bildungsangebot an den beruflichen Schulen des Landkreises ist qualitativ hochwertig, zukunftsfähig, stabil, breitgefächert und möglichst wohnortnah.
Z 2	Der Unterricht ist modern, zeitgemäß und für die Schüler in den einzelnen Berufsfeldern attraktiv.
Z 3	Der Unterricht findet in Schulgebäuden und Schulräumen statt, die baulich und funktionell einem zeitgemäßen Standard entsprechen. Sie sind barrierefrei.

Kennzahlen	Bemerkung	Ist 2016	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
ZK 1.1	Anzahl der Schulabschlüsse pro Standort (Abitur, FH-Reife, Mittlere Reife, Hauptschulabschluss)	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 4 Wangen: 4 Leutkirch: 4 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 4 Wangen: 4 Leutkirch: 4 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 4 Wangen: 4 Leutkirch: 4 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 4 Wangen: 4 Leutkirch: 4
ZK 1.2	Anzahl der Berufsfelder pro Standort (z.B. Bau-, Fahrzeug-, Metalltechnik, Agrarwirtschaft, etc.)	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 12 Wangen: 5 Leutkirch: 6 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 12 Wangen: 5 Leutkirch: 6 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 12 Wangen: 5 Leutkirch: 6 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 11 Wangen: 5 Leutkirch: 4
ZK 1.3	Anzahl der Berufsfachschulen pro Standort (z.B. Elektronik, Holztechnik, Kinderpflege, Hauswirtschaft, etc.)	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 15 Wangen: 5 Leutkirch: 8 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 15 Wangen: 5 Leutkirch: 8 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 15 Wangen: 5 Leutkirch: 8 	<ul style="list-style-type: none"> Ravensburg / Aulendorf: 11 Wangen: 7 Leutkirch: 6

Leistungen

Was tun wir?

L 1	<p>Zur Vermeidung von Kleinklassen und der Schließung von Klassen werden ab dem Schuljahr 2018/2019 folgende Kompetenzzentren gebildet:</p> <p><u>Westlicher Teil:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Soziales an der Edith-Stein-Schule RV 2. Handel u. Kaufleute an der Humpis-Schule RV 3. Gewerbe an der Gewerblichen Schule RV. <p><u>Württembergisches Allgäu:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gewerbe und Soziales an der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch 2. Handel u. Kaufleute am Beruflichen Schulzentrum Wangen. <p><u>Kreisweit:</u></p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gesundheit und Ernährung u. Hauswirtschaft an der Edith-Stein-Schule RV 2. Pflege an der Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch 3. Land- u. Milchwirtschaft am Beruflichen Schulzentrum Wangen. 				
L 3.1	Die Schulräume werden zeitgemäß und funktionell ausgestattet. Es werden technische Hilfsmittel zur Verfügung gestellt, die dem Stand der Technik entsprechen.				
L 3.2	Bei den Schulgebäuden werden die erforderlichen Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen durchgeführt. Das Instandhaltungs- und Investitionsprogramm wird jährlich aktualisiert und enthält die zu realisierenden Maßnahmen.				
L 3.3	Die Schulen legen für sie ideale Bedingungen des Schulbetriebs in einem gemeinsamen pädagogischen Leitfadens und in jeweiligen Raumprogrammen dar. Diese Bedarfsplanung wird nach Möglichkeit Grundlage der planerischen Überlegungen zur weiteren baulichen Entwicklung der Berufsbildenden Schulen.				
Kennzahlen	Bemerkung	Ist 2016	Ist 2017	Ist 2018	Plan 2019
L 1.2	Anzahl der Kleinklassen pro Standort (in Klammern: geschlossen oder ausgelaufen). Anm.: Klassen mit weniger als 16 Schülern sind durch evtl. Schließung gefährdet.	<ul style="list-style-type: none"> • Ravensburg / Aulendorf 3 • Wangen 1 • Leutkirch 2 	5	5	5

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Haushaltsmittel	Ist 2016	Ist 2017	Plan 2018	Plan 2019
berufliche Schulen/Sporthallen				
Schulbudget* je Schule und Schüler	(2015/16)	(2016/17)	(2017/18)	(2017/18)
Gewerbliche Schule Ravensburg				
Budget	766.406 €	872.331 €	853.200 €	853.200 €
<u>Projekte</u>	0 €	34.210 €	40.000 €	0 €
Gesamt	766.406 €	906.541 €	893.200 €	853.200 €
Pro Schüler	454 €	529 €	530 €	506 €
Humpisschule Ravensburg inkl. Sporthalle				
Budget	415.088 €	397.206 €	442.150 €	442.150 €
<u>Projekte</u>	24.247 €	1.865 €	0 €	0 €
Gesamt	439.335 €	399.071 €	442.150 €	442.150 €
Pro Schüler	259 €	243 €	278 €	278 €
Edith-Stein-Schule Ravensburg				
Budget	318.116 €	319.691 €	323.500 €	323.500 €
<u>Projekte</u>	0 €	0 €	50.000 €	0 €
Gesamt	318.116 €	319.691 €	373.500 €	323.500 €
Pro Schüler	238 €	242 €	288 €	250 €
Berufliches Schulzentrum Wangen				
Budget	577.854 €	618.039 €	569.900 €	573.900 €
<u>Projekte</u>	0 €	0 €	0 €	0 €
Gesamt	577.854 €	618.039 €	569.900 €	573.900 €
Pro Schüler	359 €	380 €	371 €	373 €
Geschwister-Scholl-Schule Leutkirch inkl. Sporthalle				
Budget	469.095 €	483.683 €	495.700 €	495.700 €
<u>Projekte</u>	412 €	445 €	0 €	0 €
Gesamt	469.507 €	484.128 €	495.700 €	495.700 €
Pro Schüler	406 €	421 €	448 €	448 €
*wurde das Schulbudget nicht voll ausgeschöpft, werden Mittel für größere Investitionen in den folgenden Jahren angespart.				
Schüleranzahl bereinigt* Schuljahr	10.974 7.484 2015/16	10.936 7.458 2016/17	10.683 7.207 2017/18	10.683 7.207 2017/18
Fachschulen für Landwirtschaft				
Schulbudget* je Schule und Schüler				
Fachschulen für Landwirtschaft Ravensburg, Bad Waldsee und Leutkirch				
Gesamt	22.127 €	36.703 €	47.400 €	47.400 €
Pro Schüler	582 €	1.223 €	1.634 €	1.634 €
*wurde das Schulbudget nicht voll ausgeschöpft, werden Mittel für größere Investitionen in den folgenden Jahren angespart.				
Schüleranzahl bereinigt* Schuljahr	94 38 2015/16	76 30 2016/17	73 29 2017/18	73 29 2017/18

* Gewichtung: Vollzeitschüler = Faktor 1; Teilzeitschüler = Faktor 0,4

Einmalige Projektmittel:

Sind einmalige Maßnahmen notwendig, welche nicht durch das Schulbudget, oder nur teilweise hiervon bestritten werden können, werden zusätzliche Mittel bei einmaligen Projekten veranschlagt. Diese Mittel sind bei den jeweiligen Projekten zweckgebunden, fließen bei Nicht- oder Teilausschöpfung wieder in den allgemeinen Haushalt zurück und haben keine Erhöhung des allgemeinen Schulbudgets des nächsten Haushaltsjahres zur Folge.

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
III	Sozial- ausschuss	Arbeit und Soziales	Sozialplanung/ Senioren	<ol style="list-style-type: none"> 1. Organisation und Durchführung eines Symposiums zum Thema „Quartiersmanagement“ 2. Schaffung und Verbesserung von Angeboten zur Förderung der Mobilität 3. Sicherung der Nachhaltigkeit bestehender Mobilitätsangebote 	<p>Die Leistungen werden wie folgt ergänzt:</p> <p>L 1.2.1 Organisation und Durchführung eines Symposiums zum Thema „Quartiersmanagement“</p> <p>L 1.3 Schaffung und Verbesserung von Angeboten zur Förderung der Mobilität im weiten Sinn und die Sicherung der Nachhaltigkeit bestehender Mobilitätsangebote ergänzt.</p>
<p>Erläuterung: siehe Informationsblatt zum Handlungsfeld</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
3 Arbeit und Soziales	31 Sozial- und Inklusionsamt
Verantwortung	Verantwortung
Diana E. Raedler	Jörg Urbaniak
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Sozialausschuss	Arbeit und Soziales
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Sozialplanung/Senioren	3110 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Verbesserung der Informations- und Datengrundlage im Bereich der Altenhilfe und Seniorenpolitik im Landkreis Ravensburg, um die strukturelle Passung der Angebote und Bedarfe zu optimieren.

Leistungen			
Was tun wir?			
L 1	Umsetzung von Handlungsempfehlungen aus dem seniorenpolitischen Konzept		
L 1.1	Quantitative und qualitative Bedarfserhebung im Bereich der Kurzzeit- und Übergangspflege		
L 1.1.1	Initiierung und Begleitung der Fortentwicklung der Angebote für Kurzzeit- und Übergangspflege		
L 1.2	Initiierung und Begleitung von Quartierentwicklungsprozessen in Kommunen im Landkreis Ravensburg		
L 1.2.1	Organisation und Durchführung eines Symposiums zum Thema „Quartiersmanagement“		
L 1.3	Schaffung und Verbesserung von Angeboten zur Förderung der Mobilität im weiten Sinn und die Sicherung der Nachhaltigkeit bestehender Mobilitätsangebote		
Kennzahlen	2018 Plan	2019 Plan	
LK 1.1	Quote der quantitativen und qualitativen Bedarfserhebung	100 %	---
LK 1.1.1	Quote der Initiierung und Begleitung der Fortentwicklung der Angebote	---	50 %
LK 1.2	Anzahl der begleiteten Kommunen im Landkreis	2	2
LK 1.2.1	Anzahl der Symposien	1	1
LK 1.3	Anzahl der Mobilitätsangebote im weiten Sinn	2	2

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Personaleinsatz	2018 Plan	2019 Plan
Stellen (zusätzlicher Bedarf)	---	---
Haushaltsmittel	2018 Plan	2019 Plan
Aufwand für externen Beratungsbedarf	10.000 €	10.000 €
Aufwand für Durchführung von Symposien	---	2.500 €
Aufwand für Mobilitätsangebote im weiten Sinne	---	10.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
III	Sozial- ausschuss	Arbeit und Soziales	Hilfen für Menschen mit Behinderung	Beauftragung einer externen Beratung zur Überprüfung von Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Eingliederungshilfe aufgrund von Aufgabenzuwächsen (z. B. BTHG) und steigendem Ausgabenvolumen. Der Verwaltung fehlen hierfür personelle und zeitliche Ressourcen.	Die Verwaltung wird beauftragt, zur Eruiierung von Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Eingliederungshilfeleistungen einen externen Berater zu beauftragen.
<p>Erläuterung: Der Verwaltung fehlen aufgrund von Aufgabenzuwächsen (z. B. durch die Umsetzung des BTHG) für eine eigene Evaluierung sowohl die personellen als auch die zeitlichen Ressourcen. Die Notwendigkeit, Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten zu eruiieren, ergibt sich durch die jährlich steigenden Aufwendungen. Der Aufwand für den externen Beratungsbedarf wurde grob geschätzt und wird im Rahmen der Haushaltsplanung 2019 konkretisiert.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
3 Arbeit und Soziales	31 Sozial- und Inklusionsamt
Verantwortung	Verantwortung
Diana E. Raedler	Jörg Urbaniak
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Sozialausschuss	Arbeit und Soziales
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Hilfen für Menschen mit Behinderung	3110 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

Allgemeine Informationen

Produkt 31.10.02 – Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung

Geplanter Nettoaufwand 2019: 68,50 Mio. €

Steigerung: + 3,50 Mio. €

Für das Jahr 2019 werden Kostensteigerungen im ambulanten und stationären Bereich von 4,6 % sowie Mehrkosten durch das Bundesteilhabegesetz in Höhe von 0,5 Mio. € erwartet.

Im Jahr 2019 erhält der Landkreis voraussichtlich wieder eine Zuweisung aus dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG in Höhe von 4,03 Mio. €. Hiervon entfallen 3,44 Mio. € auf den Bereich der Eingliederungshilfe.

Ziele

Was wollen wir erreichen?

Z 1	Verringerung des Anteils stationärer Fälle im Vergleich zu ambulanten Fällen im Bereich der Eingliederungshilfe. Das Ziel ist erreicht, wenn der Anteil kleiner als 1,19 ist.				
Kennzahlen		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
ZK 1	Verhältnis stationärer Fälle zu ambulanten Fällen	1,29	1,30	1,21	1,19

Leistungen

Was tun wir?

L 1.1	Regelmäßige Überprüfung des Bedarfs bei stationären Fällen
L 1.2	Bedarfsgerechte personenzentrierte Ausgestaltung der ambulanten Angebote, z. B. ABW
L 1.3	Ausbau der Fälle mit persönlichem Budget (PB)
L 1.4	Fortführung des ambulanten Probewohnens mit dem Namen „Wohnen üben“
L 1.5	Einrichtung einer Stelle „Lebenswegeplanerin“
L 1.6	Bauftragung eines externen Beraters zur Eruiierung von Steuerungs- und Handlungsmöglichkeiten im Bereich der Eingliederungshilfeleistungen
L 2.1	Umsetzung der ersten Stufe des BTHG zum 01.01.2017
L 2.2	Umsetzung der zweiten Stufe des BTHG zum 01.01.2018

L 2.3	Planung der dritten Stufe des BTHG zum 01.01.2020				
Kennzahlen		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 1.1	Anzahl Fälle stationäre Versorgung	825	844	810	807
LK 1.2	Anzahl Fälle ambulante Versorgung	641	651	669	676
LK 1.3	Anzahl Fälle PB	76	75	90	95
LK 1.4	Anzahl Fälle Wechsel stationär in ambulant ab dem Jahr 2017 (rein deskriptiv)	---	7	10	12

Ressourcen				
Was müssen wir dafür einsetzen?				
Personaleinsatz	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Stellen (zusätzlicher Bedarf)	-	+ 0,3	+ 2,5	+ 2,5
Haushaltsmittel	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Nettoaufwand Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung (Produkt 31.10.02)	60.203.481 €	63.469.122 €	64.996.000 €	68.500.000 €
Hilfen zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten (stationäre Versorgung, brutto)	28.111.830 €	30.687.822 €	31.095.000 €	32.750.000 €
Durchschnittliche monatliche Brutto-Fallkosten stationäre Versorgung	2.840 €	3.030 €	3.199 €	3.382 €
Hilfe zu selbstbestimmtem Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten (ambulante Versorgung)	6.497.460 €	7.145.310 €	7.500.000 €	7.950.000 €
Durchschnittliche monatliche Brutto-Fallkosten ambulante Versorgung	845 €	915 €	893 €	980 €
Aufwand für externen Beratungsbedarf	---	---	---	75.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
III	Jugendhilfe-ausschuss	Kinder, Jugend und Familie	Offene Kinder- und Jugendarbeit	Das Ziel Z 2 wird wie folgt geändert: Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Zukunftsplan Kinder- und Jugendarbeit auf der Grundlage der Umsetzungskonzeption	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die „Offene Kinder- und Jugendarbeit“ ist ein neues Handlungsfeld der Kreisstrategie. 2. Die Ziele und Leistungen werden entsprechend den Angaben im Infoblatt festgelegt.
<p>Erläuterung: Das bisherige Ziel: Ausbau des Beratungs- und Serviceangebots für die Jugendverbände im Landkreis durch Erhöhung der Ausleihzahlen soll gestrichen werden.</p> <p>Die Umsetzung der Handlungsempfehlungen aus dem Zukunftsplan Kinder- und Jugendarbeit wird als dringend erachtet und soll schnellstmöglich erfolgen.</p>					

Teilhaushalt

3 Arbeit und Soziales

Verantwortung

Diana E. Raedler

Zuständiger Ausschuss des Kreistags

Jugendhilfeausschuss

Handlungsfeld

Neu: Offene Kinder- und Jugendarbeit

Unterteilhaushalt

32 Jugendamt

Verantwortung

Konrad Gutemann

Leitthema

Kinder, Jugend und Familie

Produktgruppe / Produkt

362001 Kinder- und Jugendarbeit

Allgemeine Informationen

Produkt 36.20.01.05

Im Produktbereich Allgemeine Förderung junger Menschen ist die Kinder- und Jugendarbeit nach dem SGB VIII §§11,12 verbucht. Der Landkreis hat die Aufgabe „delegiert“ und bezuschusst den Kreisjugendring mit der Erfüllung der Aufgabe. Weiterhin fördert der Landkreis das Informationszentrum AHA gemeinsam mit der Stadt Ravensburg.

Auf gemeinsamen Antrag von Grüne, SPD, FWV und CDU wurde mit Beschluss des Kreistages vom 19.12.2017 eine Erhöhung des Budgets des Kreisjugendringes um 25.000€ beschlossen.

Mit Beschluss des JHA im Jahre 2015 wurde mit Unterstützung der Sozialplanungsinstitutes IRIS e.V. in einem partizipativen Planungsprozess ein Zukunftsplan Jugendarbeit erstellt. Die Handlungsleitlinien des Zukunftsplanes wurden durch einen konkreten Umsetzungsplan ergänzt. Im JHA erfolgten die notwendigen Beratungen und der Jugendplan mit dem Umsetzungsplan wurde im Jahre 2018 im JHA beschlossen.

Ziele
Was wollen wir erreichen?

Z 1	Sicherung einer flächendeckenden, bedarfs- und zukunftsorientierten Kinder- und Jugendarbeit nach dem SGB VIII.
------------	--

Leistungen
Was tun wir?

L 1.1	Schaffung der strukturellen Voraussetzungen zur Umsetzung des Zukunftsplans.
L 1.2	Umsetzung der sieben Handlungsempfehlungen des Zukunftsplans Kinder- und Jugendarbeit.
L 1.3	Förderung der offenen, kommunalen Jugendarbeit durch den Landkreis
L 1.4	Entwicklung und Erprobung neuer Angebotsformen für Kinder- und Jugendliche im Landkreis, Planung und Durchführung trägerübergreifender Veranstaltungen als Projektarbeit zur Vernetzung
L 1.5	Allgemeine Angebote zur individuellen Jugendförderung und Befähigung zur gesellschaftlichen Mitverantwortung und zu sozialem Engagement wie z. B. Fortbildungsangebote für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter/innen in der Kinder- und Jugendarbeit
L 1.6	Förderung der Jugendverbände zur eigenverantwortlichen Wahrnehmung der Interessen und Anliegen junger Menschen
L 1.7	Weiterentwicklung der Praxisfelder der Kinder- und Jugendarbeit.
L 1.8	Finanzielle und fachliche Förderung, insbesondere im Bereich sozialen Medien, des Jugendinformationszentrums AHA gemeinsam mit der Stadt Ravensburg

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Haushaltsmittel	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Förderung Kreisjugendring inkl. Miete für Lager	262.234 €	265.136 €	292.645 €	295.000 €
Jugendinformationszentrum AHA	75.000 €	75.000 €	75.000 €	75.000 €
Umsetzung des Jugendplanes -Umsetzungsplan			157.000 €	157.000 €
Personalstellen				2019 Plan
Für die Umsetzung des Zukunftsplans				2,4 Stellen

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
III	Jugendhilfe-ausschuss	Kinder, Jugend und Familie	Hilfen für junge Menschen und Familien	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der Vollzeitpflege als stationäres Angebot der Jugendhilfe durch ausreichende Personalausstattung im Jugendamt zur Akquirierung, Begleitung und Betreuung der Pflegefamilien im Landkreis sowie zur Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe • Aufnahme einer weiteren Kennzahl: Anzahl Pflegefamilien sowie Pflegeverhältnis Anzahl neuer Pflegefamilien 	<p>1. Für das Handlungsfeld wird ein zusätzliches Ziel festgelegt:</p> <p>Stärkung der Vollzeitpflege als stationäres Angebot der Jugendhilfe durch ausreichende Personalausstattung im Jugendamt zur Akquirierung, Begleitung und Betreuung der Pflegefamilien im Landkreis sowie zur Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe</p> <p>2. Zur Messung der Zielerreichung werden folgende Leistungskennzahlen ergänzt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Anzahl Pflegestellen neu / alt • Betreuungsverhältnis Fachkraft zur Vollzeitpflegefamilie.
<p>Erläuterung:</p> <p>Die im Landesvergleich geringen Ausgaben der Jugendhilfe im Landkreis Ravensburg sind zurückzuführen auf die präventiv-ambulante, familien- und sozialraumorientierte Ausrichtung. Im Leistungsbereich ist ein besonderer Wirkfaktor für die unterdurchschnittliche Anzahl der Fälle in der stationären Heimerziehung von Kindern und Jugendlichen im Landkreis darauf zurückzuführen, weil das Jugendamt seit Jahren vorrangig auf „gute, geeignete und erfahrene“ Pflegefamilien setzt, bevor ein Kind in einer stationären Heimeinrichtung untergebracht wird. Fachlich und wirtschaftlich eine gute Lösung. Ein durchschnittlicher Heimfall kostet monatlich ca. das Vierfache als eine Vollzeitpflege. Neue Pflegefamilien zu gewinnen, zu begleiten und zu betreuen wird hierbei immer schwieriger, da sich das Familienleben (z. B. Arbeit beider Pflegeeltern usw.) einer starken Veränderung unterzieht. Die Rahmenbedingungen in der Vollzeitpflege § 33 SGB VIII sind diesen Entwicklungen anzupassen.</p> <p>Um die Qualität der Pflegefamilien zu erhalten, neue Pflegefamilien zu gewinnen und zu begleiten und das gute Ausgabenniveau des Landkreises Ravensburg zu halten, ist es unerlässlich die Pflegefamilienarbeit mit ihren Rahmenbedingungen im Landkreis auszubauen und zu stärken. Um dies zu unterstreichen, soll das Ziel: „Stärkung der Vollzeitpflege als stationäres Angebot der Jugendhilfe durch ausreichende Personalausstattung im Jugendamt zur Akquirierung, Begleitung und Betreuung der Pflegefamilien im Landkreis sowie zur Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe“ in die Kreisstrategie aufgenommen werden.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
3 Arbeit und Soziales	32 Jugendamt
Verantwortung	Verantwortung
Diana E. Raedler	Konrad Gutemann
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Jugendhilfeausschuss	Kinder, Jugend und Familie
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Hilfen für junge Menschen und Familien	3630 Hilfen für junge Menschen und Familien

Ziele						
Was wollen wir erreichen?						
Z 1	Nachhaltige Sicherung der präventiv, ambulanten und sozialraumorientierten Jugendhilfe					
Z 2	Stabilisierung der Ausgaben nach dem SGB VIII unter dem Landesdurchschnitt von Baden-Württemberg					
Z 3	Verfestigung der elternaktivierenden, ambulanten Hilfen					
Z 4	Beibehaltung des niedrigen Niveaus an Fällen der vollstationären Heimerziehung					
Z 5	Stärkung der Vollzeitpflege als stationäres Angebot der Jugendhilfe im Jugendamt zu Akquirierung, Begleitung und Betreuung der Pflegefamilien im Landkreis sowie zur Kooperation mit freien Trägern der Jugendhilfe.					
Kennzahlen	Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan	
ZK 2.1	Pro-Kopf-Ausgaben U21	Das Ziel ist erreicht, wenn die Pro-Kopf-Ausgaben des Landkreises unter dem Durchschnitt der Landkreise (ohne Stadtkreise) liegen.	106 € / 314 €	Ziel nach interner Berechnung erreicht. Vergleichszahlen vom Land noch nicht geliefert	Unveränderte Zielvorgabe	Unveränderte Zielvorgabe
ZK 2.2	Relation ambulant/ teilstationär je stationärer Fall	Das Ziel ist erreicht, wenn die Relation über dem Durchschnitt der Landkreise liegt. Vergleich: Landkreis RV / Durchschnitt Landkreise	1,70 / 2,22	Ziel nach interner Berechnung erreicht. Vergleichszahlen vom Land noch nicht geliefert	Unveränderte Zielvorgabe	Unveränderte Zielvorgabe
ZK 2.3	Relation Vollzeitpflege je Heimerziehungsfall	Das Ziel ist erreicht, wenn die Relation über dem Durchschnitt der Landkreise liegt. Vergleich: Landkreis RV / Durchschnitt Landkreise	2,67 / 0,9	Ziel nach interner Berechnung erreicht. Vergleichszahlen vom Land noch nicht geliefert	Unveränderte Zielvorgabe	Unveränderte Zielvorgabe
ZK 4	Fallzahl Heimerziehung	Durchschnittliche Fallzahl pro Jahr	33,17	27,67	30	30
ZK 5	Rahmenbedingungen der Vollzeitpflege	Seit Mai 2018 hat der KVJS neue Rahmenbedingungen. Insbesondere in der Personalausstattung ist die Pflegekinderhilfe im LK RV diesen Empfehlungen anzupassen.			Zahlen werden noch erhoben	

Leistungen					
Was tun wir?					
L 1	Verstärkte Vernetzung des Sozialen Dienstes des Jugendamtes mit der präventiven Jugendhilfe wie z. B. Schulsozialarbeit als sozialraumorientierte Hilfe				
L 2	Ausbau der sozialen Gruppenarbeit (SGA) und Elternaktivierenden Hilfen als ambulant-präventive Maßnahme..				
L 3	Stabilisierung des Anteils der Vollzeitpflege an den stationären Hilfen durch gezielte Werbung und Begleitung von Pflegefamilien				
Kennzahlen		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 1	Stellen Schulsozialarbeit	46,56	49,76	51	Unveränderte Zielvorgabe
LK 3.1	Pflegestellen gesamt	275	245	220	220
LK 3.2	Betreuungsverhältnis Fachkraft zur Vollzeitpflegefamilie			Die Zahlen werden auf Basis der neuen Rahmenbedingungen für die Vollzeitpflege noch erhoben.	noch zu klären

Ressourcen					
Was müssen wir dafür einsetzen?					
Haushaltsmittel		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Förderung der Erziehung in der Familie (Nettoaufwand)		394.467 €	604.793 €	582.909 €	Unveränderte Zielvorgabe
Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien Hilfe zur Erziehung (Nettoaufwand)		4.411.027 €*	3.958.716 €*	5.394.686 €	Unveränderte Zielvorgabe
Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien (Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe und Inobhutnahme (Nettoaufwand)		1.975.060 €*	2.033.366 €*	1.252.300 €	Unveränderte Zielvorgabe
*Im Ist-Ergebnis 2016 und 2017 kam es auf Grund der Ausgaben und Einnahmen für UmA (unbegleitet minderjährige Ausländer) zu Verschiebungen der Einnahmen und Ausgaben in den Produktbereichen.					
Personal		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Zusätzlicher Personalbedarf Pflegekinderhilfe:					Bedarf wird noch ermittelt.

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
III	Jugendhilfe- ausschuss	Kinder, Jugend und Familie	Kindertages- betreuung	Leistungen sollen ergänzt werden: Entwicklung von weiteren Konzepten zur flexiblen Betreuung von Kindern (insbesondere Randzeiten und Wochenenden	Die Leistungen werden um die Ziffer L 4 ergänzt: Entwicklung von weiteren Konzepten zur flexiblen Betreuung von Kindern (insbesondere Randzeiten und Wochenenden)
<p>Erläuterung: Neuaufnahme der Leistung / Maßnahme: „Entwicklung von weiteren Konzepten zur flexiblen Betreuung von Kindern (insbesondere Randzeiten und Wochenenden)“ um auch die Randzeiten und Wochenenden in den Blick zu nehmen. Gerade in diesen Zeiten fehlt es noch an Angeboten zur Kindertagesbetreuung, um den Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, da die „klassischen“ Kinderbetreuungsangebote hier bisher nicht ausreichen.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
3 Arbeit und Soziales	32 Jugendamt
Verantwortung	Verantwortung
Diana E. Raedler	Konrad Gutemann
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Jugendhilfeausschuss	Kinder, Jugend und Familie
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Kindertagesbetreuung	3650 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege

Allgemeine Informationen

Produkt 36.50 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege
 Seit 01.08.2013 hat jedes Kind ab dem ersten Lebensjahr Anspruch auf Förderung in einer Kindertageseinrichtung oder in Kindertagespflege. Aufgrund dieses bedarfsunabhängigen Grundanspruchs ist die Zahl der Anträge beim Jugendamt erwartungsgemäß angestiegen. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eine wichtige politische Zielsetzung, um den demographischen Wandel unserer Gesellschaft zu bewältigen. Insbesondere für einkommensschwache Familien ist die Kindertagesbetreuung ein wichtiger Faktor zur Bildungsgerechtigkeit. Flüchtlingskinder haben die Fallzahlen gesteigert. Die Kindertagesbetreuung ist für diese ein bedeutender Integrationsfaktor.

Ziele						
Was wollen wir erreichen?						
Z 1	Erfüllung des Rechtsanspruchs nach dem Kindertagesausbauungsbetreuungsgesetz (TAG) ab 01.08.2013 auf einen Betreuungsplatz für Kinder unter drei Jahren					
Z 2	Leistungsangebot der Kindertagespflege gezielter ausgestalten und bedarfsorientiert ausbauen, z. B. Abdeckung von Randzeiten					
Z 3	Wahlfreiheit der Eltern, bezüglich der Art der Kinderbetreuung					
Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
ZK 1	Betreuungsplatzquote	Kinder unter drei Jahre / Kinder über drei Jahre	31,77 % / 92,83 %	31,86 % / 92,40 %	35 % / 95 %	35 % / 95 %
ZK 2	Vorhandene Kindertagespflegeplätze	Das Ziel ist erreicht, wenn die Kindertagespflegeplätze den Bedarf überschreiten.	525	530	530	530

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1	Schaffung eines bedarfsgerechten Angebots in Kindertagesbetreuung in Abstimmung mit den Kommunen; TAG Bericht
L 2	Bereitstellung ausreichender Ressourcen für die Tagespflegevermittlung
L 3	Leistungsgerechte Stundenentgeltsätze für die Tagespflegeeltern für jede Altersstufe, um genügend Tagespflegeressourcen zur Verfügung zu stellen sowie Anpassung der Satzung zur Erhebung von Kostenbeiträgen in der Kindertagespflege

L 4	Entwicklung von weiteren Konzepten zur flexiblen Betreuung von Kindern (insbesondere Randzeiten und Wochenenden)					
Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 2	Stellenzahl dezentrale Tagespflegevermittlung	Neue Vereinbarung mit den freien Trägern	3,5	3,75	3,75	3,75
LK 3	Stundenentgelt	Über drei Jahre / bis drei Jahre	5,50 / 5,50	5,50 / 5,50	5,50 / 5,50	6,00 / 6,00

Ressourcen					
Was müssen wir dafür einsetzen?					
Haushaltsmittel		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Nettoaufwand		2.173.223 €	2.270.616 €	2.350.000 €	2.350.000

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
III	Sozial- ausschuss	Arbeit und Soziales	Grundsicherung Bildung und Teilhabe	Das Handlungsfeld wird wegen Zielerreichung gestrichen.	Das Handlungsfeld Grundsicherung - Bildung und Teilhabe - wird gestrichen.
Erläuterung: Die Ziele wurden erreicht.					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
3 Arbeit und Soziales	81 Jobcenter
Verantwortung	Verantwortung
Diana E. Raedler	N. N.
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Sozialausschuss	Arbeit und Soziales
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Grundsicherung	3190 Bildung und Teilhabe

Leistungen					
Was tun wir?					
L 1	Bildung und Teilhabe – Erhöhung der Inanspruchnahme durch verstärkte Öffentlichkeitsarbeit, vereinfachte Antragstellung und verstärkte Beratungsleistungen.				
Kennzahlen		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 1.1	Anzahl der BuT-Leistungsempfänger	764	847	950	900
LK 1.2	Zahl der bewilligten Bildungs- und Teilhabeleistungen	1.745	1.980	2.200	2.100

Ressourcen					
Was müssen wir dafür einsetzen?					
Haushaltsmittel		2016 Ist	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Nettoaufwand		204.799 €	230.000 €	300.000 €	260.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
IV	Verwaltungsausschuss	Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus	Tourismus	Die vorgeschlagenen Ziele, Leistungen und Ressourcen wurden positiv beurteilt.	Der Tourismus ist ein neues strategisches Handlungsfeld im Rahmen der Kreisstrategie. Die Ziele und Leistungen werden wie im Informationsblatt dargestellt, festgelegt.
Erläuterung:					

Teilhaushalt
4 Kreientwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum
Verantwortung
Walter Sieger
Zuständiger Ausschuss des Kreistags
Verwaltungsausschuss
Handlungsfeld

Unterteilhaushalt
40 Dezernent
Verantwortung
Christine Funk
Leitthema
Wirtschaft, Landwirtschaft und Tourismus
Produktgruppe / Produkt

Neu: Tourismus

5750 Tourismus

Allgemeine Informationen

Der Landkreis hat das operative Geschäft für das Thema Tourismus auf die Oberschwabentourismus GmbH (OTG) übertragen. Zudem werden kreisbedeutende Einzelprojekte unterstützt.

Die OTG ist im Kreis Biberach, Ravensburg und Sigmaringen tätig. Für die überregionale Zusammenarbeit ist die OTG Gesellschafterin beim Internationaler Bodenseetourismus (IBT). Die Landkreise bezahlen der OTG für die Aufgabenerfüllung und die Beteiligung an der IBT einen Zuschuss. Aus dem Württembergischen Allgäu, das touristisch stark auch mit der Allgäu GmbH verknüpft ist, kommt der Wunsch auf, dass auch die Basisfinanzierung der Allgäu GmbH finanziell mit unterstützt und somit die Kreisgrenzen überschreitende Zusammenarbeit auch hier zielführend gefördert wird. Grundsätzlich wäre dies über die Erhöhung des Zuschusses an die OTG oder eine direkte Bezuschussung der Allgäu GmbH durch den Landkreis möglich. Dem Weg über die OTG sollte der Vorzug gegeben werden.

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Konsolidierung der Tourismusarbeit in der Region Allgäu-Bodensee-Oberschwaben
Z 2	Stärkung der touristischen Zusammenarbeit auch länderübergreifend

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1	Beteiligung an der OTG
L 2	Bezuschussung weiterer touristischer Organisationen über OTG Beitrag
L 3	Mitarbeit in touristischen Gremien und Unterstützung von Einzelprojekten

Kennzahlen		2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 1	Beteiligung an der überregionalen touristischen Organisation OTG	1	1	1	1	1
LK 2	Über die OTG Mitfinanzierung der IBT und Allgäu GmbH	1	1	1	1	2

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Personaleinsatz	Bemerkung	2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Über OTG	Arbeitsanteil im LRA allgemeine Arbeit Wirtschafts- beauftragte					
Haushaltsmittel		2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Erhöhung des Zuschusses an die OTG für die Basisfinanzierung der Allgäu GmbH		121.500 €	121.500 €	121.500 €	121.500 €	171.500 €
Unterstützung von Einzelprojekten		14.000 €	13.000 €	1.980 €	13.000 €	13.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
IV	Ausschuss für Umwelt und Technik	Umwelt, Natur und Energie	Regenerative Energien	Wurde inhaltlich am Klausurtag nicht diskutiert	<ol style="list-style-type: none"> 1. Das Ziel des Handlungsfeldes ist erfüllt. Das Handlungsfeld entfällt künftig. 2. Die Einrichtung einer dauerhaften Koordinierungsstelle Biogas im Bau- und Umweltamt wird befürwortet.
<p>Erläuterung:</p> <p>Biogasanlagen stellen einen wichtigen Baustein in der Energieversorgung dar. Der Kreis hat mit die höchste Stückzahl an Anlagen in Baden-Württemberg. In den letzten Jahren häuften sich die Unfälle auf Biogasanlagen mit teils gravierenden negativen Auswirkungen für die Betreiber und die Umwelt. Deshalb wurden in den vergangenen Jahren alle Anlagen wasserrechtlich und in Hinblick auf die Betriebssicherheit intensiv überprüft und die teilweise vorhandenen Mängel beseitigt. Nach dieser konzentrierten Aktion gehen jetzt alle Anlagen in die Regelüberwachung. Das Handlungsfeld kann aus Sicht der Verwaltung deshalb entfallen.</p> <p>Für die dauerhafte, gute Betreuung der Anlagen und ihrer Betreiber von Seiten des Bau- und Umweltamtes ist eine zentrale Steuerung notwendig um die Belange geregelt und über die Verwaltungsgrenzen hinweg (es gibt 11 verschiedene Genehmigungsbehörden im Kreis) zu bewältigen. Der Personalaufwand für die Koordinierung der regelmäßigen Überprüfungen und die Steuerung wird mit 0,2 AK angesetzt, zusätzlich zu dem vorhandenen technischen Personal.</p>					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
4 Kreisentwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum	Bau- und Umweltamt
Verantwortung	Verantwortung
Walter Sieger	Iris Steger
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Ausschuss für Umwelt und Technik	Umwelt, Natur und Energie
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Entfällt: Regenerative Energien	5210 Bauordnung, 5520 Gewässerschutz, 5610 Umweltschutzmaßnahmen, 5620 Arbeitsschutz

Allgemeine Informationen

Die Klimaschutzziele von EU, Bund und Land machten eine verstärkte Betreuung der interessierten Anlagenbetreiber notwendig um nicht nur die Energieproduktion zu steigern sondern auch Schadensfälle zu vermeiden. Parallel zu dieser kreisbezogenen Linie hatten verschiedene, z. Teil schwere Unfälle in den vergangenen Jahren das Umweltministerium veranlasst, eine allgemeine Überprüfung aller Anlagen durchzuführen. Unser Kreis hat die größte Zahl an Biogasanlagen im Land. Wir haben bis in den Sommer 2018 alle Anlagen erstmalig überprüft. Die Zahl der Anlagen ist seit Jahren konstant da durch die Änderungen des EEG das Interesse der Betreiber an Neuanlagen stark nachgelassen hat.

Die gesetzlichen Überwachungsfristen und die Steuerung aller Belange begründet für den Regelbetrieb dauerhaft eine Zentralstelle Biogas mit den entsprechenden Stellenanteilen. Nachdem die Anlagen alle überprüft sind, die Erhöhung des Anteils an regenerativer Energie aus Biogas nicht weiter gesteigert werden kann, kann das strategische Ziel als erfüllt angesehen werden und aus der Kreisstrategie herausgenommen werden. Sollten sich Änderungen in den äußeren Bedingungen ergeben (z.B. im EEG) kann das Ziel bei Bedarf wieder aufgerufen und reaktiviert werden.

Ziele
Was wollen wir erreichen?

Z 1	Reduzierung der CO ₂ Emissionen durch regenerative Energieerzeugung.
Z 2	Unterstützung und Begleitung der Erzeugung, effizienten Nutzung und Umwandlung von erneuerbarer Energie.
Z 3	Ressourcenschonende, nachhaltige, rechts- und betriebssichere Vorgehensweise.

Leistungen
Was tun wir?

L 1	Fundierte Beratung der Vorhabenträger im Vorfeld der Antragstellung auf freiwilliger Basis.
L 2	Begleitung der Antragsteller und Fachplaner während des Verfahrens , um einen reibungslosen und schnellen Verfahrensablauf zu gewährleisten auf freiwilliger Basis.
L 3	Überprüfung der 115 sich im Betrieb befindlichen Biogasanlagen im Landkreis. Überwachung und Anordnung der Mängelbeseitigung und Beratung bei Sanierungen.

Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK 3	Zahl der überprüften Anlagen		7	8	8	15	Entfällt

LK 3.1	Anlagen ohne Beanstandungen				1		entfällt
	Art der Beanstandungen	Überwiegend Mängel im Bereich Wasserrecht, teilweise bei Betriebssicherheit bzw. baulicher Sicherheit					

Ressourcen						
Was müssen wir dafür einsetzen?						
Personaleinsatz	Bemerkung	2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Zu LK 3: je 1 Kollege vom Wasserrecht und von der Gewerbeaufsicht	Vorhandenes Personal BU	0,13	0,28	0,3	0,28	entfällt

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
IV	Ausschuss für Umwelt und Technik	Umwelt, Natur, Energie	Biodiversität	<ul style="list-style-type: none"> • Biodiversität wird Handlungsfeld der Kreisstrategie • Erarbeitung und unmittelbare Umsetzung einer Biodiversitätsstrategie. • Zeitnahe Umsetzung erster Maßnahmen auf kreiseigenen Flächen. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die Biodiversität wird ein neues Handlungsfeld der Kreisstrategie. • Die Kreisverwaltung erarbeitet die Biodiversitätsstrategie und macht Vorschläge für konkrete Projekte des Kreises. • Die Kreisverwaltung prüft die Möglichkeiten der ökologischen Aufwertung der kreiseigenen Flächen und erstellt Handlungskonzepte.
<p>Erläuterung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Ziel ist der Erhalt und Stärkung der biologischen Vielfalt im Landkreis. - Handlungsbedarf wird vor allem im Offenland gesehen. - Der Biotopverbund soll gestärkt werden. - Bereits vorhandene Aktivitäten der Landkreisverwaltung werden überprüft und ggf. angepasst oder unterstützt. - Neue Projekte werden initiiert (z.B. Streuobstprojekt). - Kreiseigene Flächen werden, wo es möglich und sinnvoll ist, ökologisch aufgewertet. - Es werden verschiedene Akteure mit einbezogen (z.B. Kommunen, Unternehmen, Privathaushalte, Verbände). 					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
4 Kreisentwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum	Bau- und Umweltamt
Verantwortung	Verantwortung
Walter Sieger	Iris Steger
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Ausschuss für Umwelt und Technik	Umwelt, Natur und Energie
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
Neu: Biodiversitätsstrategie	5540 Naturschutz und Landschaftspflege

Allgemeine Informationen

Die Kreisverwaltung hat den Auftrag zur Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt im Landkreis. Anlass waren aktuelle Berichte wonach insbesondere bei Insekten ein dramatischer Artenverlust zu verzeichnen ist. Analog zum Konzept gegen das Artensterben des Landes sollen auf Kreis- und Kommunaler Ebene Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, diesem Artenschwund entgegen zu wirken.

Es soll daher eine Biodiversitätsstrategie entwickelt und umgesetzt werden. In der Strategie sind kurzfristige und langfristige Ziele festzulegen. Auch ist zu konkretisieren, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Erste Maßnahmen sollen zeitnah umgesetzt werden.

Die Entwicklung der Strategie ist für 2018 geplant. Die Umsetzung wird vorwiegend in den Folgejahren stattfinden.

Ein wichtiger Akteur ist die Landkreisverwaltung. Ökologisches Handeln soll fest in deren Aufgabenwahrnehmung verankert werden. Es sollen Maßnahmen zur Stärkung der Artenvielfalt im eigenen Wirkbereich umgesetzt werden. Hier ist der Vorbildcharakter des Verwaltungshandelns hervorzuheben. Dazu sollen zunächst die bereits vorhandenen Aktivitäten dargestellt und überprüft werden. Auf Grundlage dessen können bestehende Maßnahmen ggf. angepasst oder intensiviert werden und neue Maßnahmen und Projekte entwickelt und umgesetzt werden.

Weitere Akteure sind z.B. Gemeinden, Unternehmen, Privatpersonen und Verbände. Diese sollen, soweit möglich, in die Biodiversitätsstrategie miteinbezogen werden und hinsichtlich einer ökologischen Ausrichtung Ihres Handelns sensibilisiert werden. Maßnahmen und Projekte Dritter sollen initiiert und begleitet werden.

Ziele	
Was wollen wir erreichen?	
Z 1	Die biologische Vielfalt im Landkreis wird erhalten und gestärkt.
Z 2	Die ökologische Ausrichtung der Aufgabenwahrnehmung in der Landkreisverwaltung wird gestärkt.
Z 3	Die Öffentlichkeit wird für ökologische Belange sensibilisiert und zur Umsetzung von Maßnahmen angeregt.

Leistungen					
Was tun wir?					
L 1	Vorhandene Aktivitäten der Landkreisverwaltung werden überprüft und ggf. angepasst oder intensiviert.				
L 2	Die Landkreisverwaltung entwickelt neue Maßnahmen bzw. Projekte im eigenen Wirkbereich und setzt diese um.				
L 3	Maßnahmen Dritter (z.B. Gemeinden, Unternehmen, Privatpersonen oder Verbände) werden initiiert, unterstützt und in ihrer Umsetzung begleitet.				
Kennzahlen			2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
LK	Ergeben sich erst, wenn Strategie und Projekte beschlossen sind.				

Ressourcen

Was müssen wir dafür einsetzen?

Personaleinsatz	Bemerkung	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
	Stellenanteile von vorhandenem Personal		0,5	0,5
Haushaltsmittel		2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
	Mittel für externe Begleitung und Projekte		20.000 €	60.000 €

Dezernat	Ausschuss	Leitziel	Handlungsfeld	Empfehlung Klausurtag	Beschlussvorschlag der Verwaltung
V	Verwaltungsausschuss	Mobilität	ÖPNV - Angebot und Schienenverkehr	Kreistagsfraktionen teilen dem LRA ihre Wünsche bzgl. ÖPNV mit	<p>Es werden folgende <u>Ziele</u> ergänzt:</p> <p>Z 1: Unterstützung der Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes bodo</p> <p>Z 5: Strategische Neuausrichtung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben , z.B. aufgrund der ÖPNV-Finanzierungsreform und zur Barrierefreiheit</p> <p>Die <u>Leistungen</u> werden wie folgt ergänzt:</p> <p>L 1: Mitfinanzierung der Kosten der Verbundgesellschaft</p> <p>L 5:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Umsetzung der ÖPNV-Finanzierungsreform – u.a. Verteilung des Finanzbudgets 2. Erarbeitung und Fertigstellung des neuen ÖPNV-Konzepts im Laufe des Jahres 2019 <ul style="list-style-type: none"> - Erarbeitung der rechtlichen Möglichkeiten zur Gestaltung des ÖPNV - organisatorische Vorbereitung des Projekts im Jahr 2018 - Auswahl und Unterstützung eines externen Beraters - Abstimmung mit den Gremien
Erläuterung:					

Teilhaushalt	Unterteilhaushalt
5 Recht, Ordnung und Landwirtschaft	52 Verkehrsamt
Verantwortung	Verantwortung
Gerd Hägele	Heidi Wucherer
Zuständiger Ausschuss des Kreistags	Leitthema
Verwaltungsausschuss	Mobilität
Handlungsfeld	Produktgruppe / Produkt
5 ÖPNV-Angebot und Schienenverkehr	5470 Verkehrsbetriebe / ÖPNV

Allgemeine Informationen

Die Rahmenbedingungen für den ÖPNV sind derzeit in einem starken Wandel.

Durch die ÖPNV-Finanzierungsreform erwachsen für den Landkreis als Aufgabenträger ab 2018 neue Aufgabenfelder, die sich mit einem erhöhten Personalaufwand und einem mittel- bis langfristigen Finanzierungsrisiko für die Aufrechterhaltung und den Ausbau des ÖPNV auswirken.

In diesem Zusammenhang soll 2018/2019 auch eine strategische Neuausrichtung des ÖPNV zur Diskussion gestellt werden; erste Schritte werden dabei die Auswahl eines externen Beraters und die Erhebung von maßgeblichen Daten als Grundlage für die Erarbeitung einer neuen ÖPNV- Strategie sein. Im Haushaltsplan 2019 müssen entsprechende Mittel veranschlagt werden.

Auch aus den Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes zur vollständigen Barrierefreiheit des ÖPNV ab 2022 resultieren Anforderungen an die Nahverkehrsplanung des Landkreises, denen durch eine Teilfortschreibung des Nahverkehrsplans Rechnung getragen wurde (Beschluss KT 25.01.2018)

Ziele

Was wollen wir erreichen?

Z 1	Unterstützung der Weiterentwicklung des Verkehrsverbundes bodo					
Z 2	Erhalt der Fahrgastzahlen und Weiterentwicklung des Angebots im Busverkehr unter möglichst weitgehender Beibehaltung der überwiegend eigenwirtschaftlichen Erbringung durch die Verkehrsunternehmen im Rahmen rechtlicher Vorgaben. Das Ziel ist erreicht, wenn die Fahrgastzahlen im Verkehrsverbund Bodo mindestens so hoch sind wie im Vorjahr.					
Z 3	Erhalt des Schienenverkehrsangebots und der Schienenverkehrsinfrastruktur; Elektrifizierung der Südbahn <u>Hinweis:</u> durch Baumaßnahmen bei Allgäubahn und Südbahn ist in den nächsten 3 Jahren mit temporären Rückgängen der Fahrgastzahlen zu rechnen.					
Z 4	Förderung von ÖPNV-Maßnahmen Dritter					
Z 5	Strategische Neuausrichtung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben , z.B. aufgrund der ÖPNV-Finanzierungsreform und zur Barrierefreiheit					

Kennzahlen		Bemerkung	2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
ZK 2	Fahrgastzahlen gesamt Verbund (bodo)	Fahrgastzahlen sind eine nur sehr bedingt aussagekräftige Kennzahl, da sie überwiegend durch andere Faktoren (Demografie, Wettersituation, Konjunktur etc.) beeinflusst werden.	34.700.000	34.600.000	34.560.000 (vorläufig)	34.700.000 (ohne Lindau)	34.700.000 (ohne Lindau)
ZK 3	Durchschn. Fahrgastaufkommen/Tag (BOB)		5.193	5.150	5.189	5.190	5.190

Leistungen	
Was tun wir?	
L 1	Mitfinanzierung der Kosten der Verbundgesellschaft
L 2	Bezuschussung besonderer Tarifmaßnahmen (ab 2018 zusätzlich Tarifauffüllungsmaßnahmen)
L 3	Unterstützungsmaßnahmen für den Schienenverkehr über Leistungen an die Bodensee-Oberschwaben- Bahn (BOB), sonstiger Projekte und für die Elektrifizierung der Südbahn
L 4	Linienförderung, Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Haltestellen, u.a. zur Schaffung von Barrierefreiheit ab 2022,) Förderung von Planungs- u. Beratungsleistungen und Kundenservice
L 5	<ol style="list-style-type: none"> 1. <u>Umsetzung der ÖPNV-Finanzierungsreform – u.a. Verteilung des Finanzbudgets</u> 2. <u>Erarbeitung und Fertigstellung des neuen ÖPNV-Konzepts im Laufe des Jahres 2019</u> <ul style="list-style-type: none"> – Erarbeitung der rechtlichen Möglichkeiten zur Gestaltung des ÖPNV – organisatorische Vorbereitung des Projekts im Jahr 2018 – Auswahl und Unterstützung eines externen Beraters – Abstimmung mit den Gremien

Ressourcen						
Was müssen wir dafür einsetzen?						
Haushaltsmittel	Bemerkungen	2016 Ist	2017 Plan	2017 Ist	2018 Plan	2019 Plan
Zu L 1: Mitfinanzierungskosten	<p>Mitfinanzierung der Kosten der Verbundgesellschaft, des Ausgleichs der entstandenen Durchtarifierungs- und Harmonisierungsverluste</p> <p>Mitfinanzierung verbundbedingte Infrastruktur (Finanzhaushalt)</p>	484.050 €	554.000 €	545.070	546.000 €	560.000 €
		158.000 € (Übertrag 632.000€ als HHRest)	(790.000) HHReste der Vorjahre	242.300 € HHRest d. Vorjahre 389.700	Evtl. noch geringer HHRest	
Zu L 2:	Jahresabonnements	307.870 €	286.450 €	277.500	309.700 €	320.000 €
Zu L 3: Beteiligungskosten BOB	Beteiligung an der Gesellschaft; Vertragsleistung für Norderweiterung	39.850	39.700	39.895	39.900	39.900
Zu L 3:: Sonstige Schienenverkehrsprojekte	u. a. Rossberg-Bad Wurzach- Altshausen - Pfullendorf	11.200	11.200	11.200	11.200	11.200
Zu L 3: Elektrifizierung Südbahn	<p>Regionaler Mitfinanzierungsanteil an den Planungskosten 380.500 € (ab 2021 ff.) bereits beschlossen.</p> <p>Wegen Verzicht der Landkreise auf Rückerstattung (Beschluss KT 17.12.2015) für die Planungsphasen 1+2 ist diese Forderung noch offen.</p> <p>Reaktion des Landes steht noch aus; ggf. verzichtet das Land auf den Zuschuss der Landkreise</p>					
Zu L 4: Maßnahmenkosten	Linienförderung (Anschubmitfinanzierung); Ausbau ÖPNV-Infrastruktur (z. B. Zuschussung von Wartehäuschen*, Barrierefreiheit u.ä.); Planungs- u. Beratungsleistungen, Kundenservice	52.200 €	86.000 €	8.054 €*	146.000 €	offen, abhängig v. ÖPNV- Konzeption

Haushaltsmittel	Bemerkungen		2018 Plan	2019 Plan
Zu L 5	<ol style="list-style-type: none"> <li data-bbox="475 241 826 315">1. ÖPNV-Finanzierungsreform: Gesamtvolumen des vom Land übertragenen Finanzbudgets <li data-bbox="475 331 687 360">2. Beratungskosten 		6.456.000 €	<p data-bbox="1334 241 1445 271">noch offen</p> <p data-bbox="1334 331 1414 360">noch zu klären</p>